

2012 in Zahlen

Geschäftsbericht der Nassauischen Sparkasse

Inhalt

Inhalt	Seite
Rechtsform und Träger	5
Lagebericht der Nassauischen Sparkasse	6
Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	7
Rechtliche Rahmenbedingungen	7
Die Naspas und ihr Geschäftsgebiet	8
Statistischer Bericht über die Erfüllung des Öffentlichen Auftrags gemäß § 15 Abs. 2 Hessisches Sparkassengesetz	8
Personalbericht	10
Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage	12
Nachtragsbericht	16
Risikobericht	16
Prognosebericht	28
Gesamtaussage	29
Bericht des Verwaltungsrates	30
Jahresabschluss	33
Jahresbilanz	34
Gewinn- und Verlustrechnung	36
Anhang der Nassauischen Sparkasse	38
Allgemeine Angaben	39
A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	39
B. Angaben zur Bilanz	42
C. Angaben und Erläuterungen zu den Posten unter dem Bilanzstrich	47
D. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung	48
E. Sonstige Angaben	49
Verwaltungsrat der Nassauischen Sparkasse	60
Vorstand der Nassauischen Sparkasse	61
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	62
Impressum	63

Das Geschäftsjahr 2012

Rechtsform und Träger

Geschäftsbericht 2012, 173. Geschäftsjahr

Die Nassauische Sparkasse, führende Regionalbank in Hessen und Rheinland-Pfalz mit Sitz in Wiesbaden, ist hervorgegangen aus der im Jahre 1840 gegründeten „Herzoglich-Nassauischen Landes-Credit-Casse für das Herzogthum Nassau“, Vorgängerin der Herzoglich-Nassauischen Landesbank.

Die Nassauische Sparkasse ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main und Erfurt, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Berlin und Bonn, angeschlossen.

Träger ist der Sparkassenzweckverband Nassau. Diesen Zweckverband bilden die Städte Wiesbaden und Frankfurt am Main sowie der Hochtaunuskreis, der Landkreis Limburg-Weilburg, der Main-Taunus-Kreis, der Rheingau-Taunus-Kreis im Land Hessen und der Rhein-Lahn-Kreis sowie der Westerwaldkreis im Land Rheinland-Pfalz.

Der Sparkassenzweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, hat seinen Sitz in Wiesbaden und ist ebenfalls Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen.

Lagebericht der Nassauischen Sparkasse

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahr 2012 hat sich das Wachstumstempo der Weltwirtschaft verringert. Das Wachstum der USA von über 2,0 % war durch die entsprechende Geld- und Finanzpolitik beeinflusst. Japan konnte zunächst im Jahr nach der Naturkatastrophe mit einer hohen Produktionsauslastung starten, fiel dann aber nach Auslaufen der Wiederaufbau- und Nachholeffekte zurück. Weite Teile Europas sind im Jahr 2012 in eine erneute Rezession geraten. Im Euroraum ist diese Entwicklung vor allem durch die Krisenländer Italien, Spanien, Griechenland und Portugal beeinflusst.

Die deutsche Wirtschaft startete mit hohen Wachstumsraten in das Jahr 2012. Ab dem Sommer zeigte sich dann eine Verlangsamung dieser Entwicklung. Ursächlich hierfür waren die weiter andauernde krisenbedingte Verunsicherung der Märkte und die wirtschaftliche Entwicklung wichtiger Partnerländer. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2012 um 0,7 % höher als im Vorjahr. Anders als die Gesamtjahreszahlen ist die Entwicklung im Schlussquartal unerwartet schwach ausgefallen. Auch die Entwicklung der Exporte war in den letzten Monaten des Jahres rückläufig. Die deutsche Binnennachfrage schrumpfte im Jahr 2012 real um 0,3 %. Vor dem Hintergrund der Verunsicherung über den weiteren Krisenfortgang stieg das Investitionsvolumen der Unternehmen trotz der günstigen Finanzierungsbedingungen noch nicht nachhaltig. Im Jahresdurchschnitt 2012 wurde in Deutschland trotz einiger prominenter Insolvenzfälle insgesamt ein neuer Beschäftigungsrekord aufgestellt. Mit 41,6 Mio. Erwerbstätigen gingen in Deutschland noch nie so viele Menschen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Die Verbraucherpreise stiegen um 2,0 % in 2012. Die Energie- und Rohstoffpreise bewegten sich nach wie vor auf hohem Niveau.

2012 war ein weiteres Jahr, das im Zeichen der Bewältigung der Staatsschuldenkrise stand. Der Bruttoschuldenstand der Bundesrepublik Deutschland ist weiter gestiegen. In dem Anstieg spiegeln sich die erneuten Stützungsprogramme für Griechenland und die im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) übernommenen Verpflichtungen wider. In der Geldpolitik liefen die für die Krisenbekämpfung etablierten Sonderinstrumente weiter, insbesondere die Vollzuteilung bei den Tenderoperationen der Europäischen Zentralbank (EZB), die Ende 2011 gesenkten Mindestreserveanforderungen und die beiden kurz vor bzw. kurz nach dem Jahreswechsel 2011/2012 etablierten Dreijahrestender. Diese Maßnahmen konnten die Geld- und Kapitalmärkte in der ersten Jahreshälfte zunächst be-

ruhigen. Danach kam es allerdings zu erneuten Verwerfungen, auf die die EZB im Juli mit einer weiteren Leitzinssenkung reagierte.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Nassauische Sparkasse (Naspa) mit Sitz in Wiesbaden ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts und Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT), Frankfurt am Main und Erfurt.

Träger der Naspa ist der Sparkassenzweckverband Nassau. Mitglieder des Zweckverbandes sind die Städte Wiesbaden und Frankfurt am Main sowie der Hochtaunuskreis, der Landkreis Limburg-Weilburg, der Main-Taunus-Kreis und der Rheingau-Taunus-Kreis im Land Hessen sowie der Rhein-Lahn-Kreis und der Westerwaldkreis im Land Rheinland-Pfalz.

Die Naspa ist in den Verbund der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen integriert. Die Finanzgruppe besteht aus 50 Sparkassen, der Landesbank Hessen-Thüringen, der Landesbausparkasse (LBS) und der Sparkassenversicherung (SV).

Das Verbundkonzept umfasst mehrere Elemente. Neben der Festlegung eines einheitlichen Leitbildes und der strategischen Verbundziele steht vor allem das gemeinsame Risikomanagement im Vordergrund. Als Instrumentarien hierfür gelten eine gemeinsame Risikostrategie sowie ein Frühwarnsystem in Form eines Ampelmodells.

Ein weiteres Element des Verbundkonzepts stellt die Bildung eines Reservefonds dar, der zusätzlich zum regionalen Sicherungsfonds von den Sparkassen in Hessen und Thüringen sowie der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) unterhalten wird.

Das Verbundkonzept trägt dazu bei, dass die Sparkassen, die Landesbank Hessen-Thüringen und die anderen einbezogenen Unternehmen als wirtschaftliche Einheit wahrgenommen werden. Nach außen erkennbar wird dies durch die Vergabe eines Verbundratings. So haben zwei unabhängige Ratingagenturen der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen ein Bonitätsrating von A+ (Fitch) bzw. A (Standard & Poor's) zuerkannt.

Die Naspa hat am 19. Dezember 2008 mit dem SGVHT einen Vertrag zur Veräußerung ihrer Tochtergesellschaft Naspa Dublin geschlossen.

Der dingliche Vollzug erfolgte am 29. Mai 2009. In diesem Zusammenhang wurde ein öffentlich-rechtlicher Begleitvertrag geschlossen, der für die Naspa bestimmte Auflagen enthält – die zum Teil bis zum 31. Dezember 2015 befristet sind – und die Verteilung der Risiken zwischen der Sparkasse und dem SGVHT regelt. Einzelheiten hierzu haben wir im Anhang zum 31. Dezember 2012 dargestellt.

Die Naspa und ihr Geschäftsgebiet

Unser Geschäftsgebiet erstreckt sich über sechs Landkreise und zwei kreisfreie Städte in Hessen und Rheinland-Pfalz mit einer Gesamtfläche von rund 4.200 km².

Das Geschäftsgebiet der Naspa befindet sich in einem zum Teil überdurchschnittlich attraktiven Kaufkraftumfeld. Neben ländlichen Gebieten sind vor allem Konzentrationen großer Firmen in der Ballungsregion Rhein-Main anzutreffen. In unserem nördlichen Verbreitungsgebiet, dem Westerwaldkreis, ist eine Vielzahl mittelständischer Familienunternehmen beheimatet.

Die Arbeitslosenquote lag im Durchschnitt bei 6,3 % (2012) und somit unter dem Bundesdurchschnitt. Die Beschäftigungsquote im Dienstleistungssektor lag ebenso wie die Anzahl von Hochqualifizierten über dem Bundesdurchschnitt. Der Kaufkraft-Index im Naspa-Geschäftsgebiet liegt bei 116,0 (BRD = 100; je Einwohner), wobei es hier regional unterschiedliche Ausprägungen gibt.

Demografisch wird sich die Einwohnerzahl im Geschäftsgebiet bis zum Jahr 2025 voraussichtlich um rund 38.000 Menschen erhöhen, wobei sich die Struktur innerhalb der Bevölkerungspyramide erwartungsgemäß verändern wird. Die Anzahl der über 65-Jährigen wird bis zum Jahr 2025 um voraussichtlich rund 12,0 % steigen; hingegen wird die Anzahl der unter 21-Jährigen um rund 15,0 % abnehmen. Hierbei sind jedoch regional signifikante Unterschiede in der Entwicklung prognostiziert. Während man im Hochtaunuskreis und Main-Taunus-Kreis eine moderate Bevölkerungszunahme erwartet, wird im Rhein-Lahn-Kreis mit einer nur leichten Zunahme gerechnet.

Die Naspa ist Teil einer sich dynamisch verändernden Bankenlandschaft, speziell im Retailgeschäft. Die Sparkassen setzen insgesamt weiter darauf, Qualitätsanbieter von Finanzdienstleistungen zu sein, und haben diesen Anspruch in den Fokus ihrer strategischen Überlegungen gestellt. Zur Sicherung der nachhaltigen Zukunftsfähigkeit

der Naspa haben wir unsere Strategie weiterentwickelt und halten an der Ausrichtung unseres Hauses als Nr. 1-Ansprechpartner in der Region in allen Geldangelegenheiten fest. Ziel ist es, uns auch vor dem Hintergrund des weiter zunehmenden Wettbewerbs, auch mit den Direktbanken, von den Mitbewerbern zu unterscheiden und dadurch nachhaltig unsere Ertragskraft abzusichern.

Dies stellen wir unter anderem durch eine angemessene regionale Aufstellung sicher. Das Geschäftsgebiet ist dazu im Privatkundengeschäft in 9 Regionalmärkte untergliedert. Unser Private-Banking-Konzept bieten wir mit insgesamt 19 Private-Banking-Centern im gesamten Geschäftsgebiet erfolgreich an. Das Firmenkundengeschäft gliedert sich in 3 Regionalmärkte. Mit unserer Komfortpositionierung und IT-gestützten Beratungskonzepten bieten wir unseren Kunden auch weiterhin einen nachhaltigen Mehrwert.

Unsere Komfort- und Serviceorientierung wurde von einem unabhängigen Gutachter – dem TÜV Hessen – überprüft. Zusätzlich haben wir auch unsere Beratungsqualität in den Finanz- und Private-Banking-Centern zertifizieren lassen. Die erfolgreiche Überprüfung zeigt, dass sich die Komfort- und Serviceorientierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf hohem Niveau hält und die Beratungsinstrumente qualitativ eingesetzt werden.

Statistischer Bericht über die Erfüllung des Öffentlichen Auftrags gemäß § 15 Abs. 2 Hessisches Sparkassengesetz

Die Naspa ist seit ihrer Gründung im Jahr 1840 dem gemeinen Nutzen in der und für die Region verpflichtet. Im Zentrum steht dabei der öffentliche Auftrag der Naspa, der in § 2 des Hessischen Sparkassengesetzes festgeschrieben ist. Demnach ist die Naspa mit der Aufgabe betraut, als ein dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Der Naspa obliegt demzufolge hauptsächlich die Förderung des Sparens und der übrigen Formen der Vermögensbildung, die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand. Die Förderung der kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich ist dabei Teil des öffentlichen Auftrags.

Leistungsangebot

Die Naspas gewährleisten mit einem flächendeckenden Vertriebs- und Servicenetz die Nähe zu ihren Kunden. Insgesamt stehen 143 Finanz- und Service-Center, 19 Private-Banking-Center und 3 Firmenkunden-Center zur Verfügung. Das Angebot wird durch 86 Service-Points ergänzt, davon 71 Nebenzweigstellen, in denen unsere Kunden – insbesondere in den kleineren Ortschaften unseres Geschäftsgebietes – ebenfalls Bankgeschäfte tätigen können.

Unser gesamtes Leistungsspektrum erstreckt sich vom täglichen Zahlungsverkehr über die Finanzierung privater und geschäftlicher Investitionen sowie Baufinanzierungen und die traditionelle Geldanlage bis hin zur individuellen Vermögensberatung. Durch die Zusammenarbeit mit den Verbundunternehmen der Sparkassen-Finanzgruppen Hessen-Thüringen und Rheinland-Pfalz wird das Produktportfolio der Naspas um den Versicherungs-, Bausparkassen- und Immobiliensektor sowie den Leasing-Bereich ergänzt.

Förderung der Vermögensbildung

Bilanzwirksame Anlagen	
Kontenart	Stück
Sparkonten	387.483
Termingeldkonten	2.121
Konten für täglich fällige Gelder	348.555
darunter:	
• Geschäftsgirokonten	43.853
• Privatgirokonten	304.702
Vermögensbildung (Nichtbanken)	
	in Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.272,6
davon:	
• Spareinlagen	2.081,4
• befristete Einlagen	5.191,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	475,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	40,7
Genussrechte	52,5
Bilanzneutrale Anlagen	
Anzahl Kundendepots	31.601
Depotbestand (in Mio. EUR)	2.242,5

Dabei kamen wir auch dem öffentlichen Auftrag nach, jedem Einwohner in unserem Geschäftsgebiet ein Konto auf Guthabenbasis

zur Verfügung zu stellen. Rund 14.600 Kontoinhabern stand damit ein Zahlungsverkehrsinstrument zur Verfügung, das ihnen auch in wirtschaftlich oder sozial angespannter Lage die Möglichkeit bietet, Bankgeschäfte zu tätigen.

Neben ihrer Aufgabe der Bereitstellung von Kreditmitteln für unsere Privatkunden ist die Naspas ein wichtiger Ansprechpartner für den gewerblichen Mittelstand, Freiberufler und Existenzgründer. Insgesamt erfolgten im Jahr 2012 Darlehenszusagen von rund 1,4 Mrd. EUR, während Darlehen von mehr als 1,2 Mrd. EUR ausgezahlt wurden. Dabei werden neben hauseigenen Finanzmarktprodukten auch öffentliche Förderkredite und Finanzierungsinstrumente in das ganzheitliche Betreuungskonzept einbezogen. Insgesamt haben wir im Jahr 2012 im Rahmen unserer Beratungs- und Betreuungsaktivitäten aus öffentlichen Förderprogrammen 652 Kredite mit einem Gesamtvolumen von über 66 Mio. EUR vergeben.

Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs

Anzahl Kreditkonten	97.630
Forderungen an Kunden (in Mio. EUR)	8.166,2
Darlehenszusagen (in Mio. EUR)	1.383,8
Darlehensauszahlungen (in Mio. EUR)	1.235,5

Soziales und wirtschaftliches Engagement

Als eng mit ihrem Geschäftsgebiet verwurzelte Sparkasse hat die Naspas nicht nur ein großes Interesse an der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch an der Entwicklung des kulturellen und sozialen Lebens in ihrem Geschäftsgebiet.

Die Naspas hat im Jahr 2012 eine große Anzahl von Vereinen und Einrichtungen durch Spenden, PS-Los-Zuwendungen und Sponsoring mit insgesamt 3,5 Mio. EUR finanziell unterstützt.

Die Naspas-Stiftung „Initiative und Leistung“ wurde am 15. Dezember 1989 durch die Naspas mit einem Stiftungskapital von 2,6 Mio. EUR gegründet. Seitdem erhöhte sich das Stiftungsvermögen durch Zustiftungen der Naspas kontinuierlich und das Stiftungskapital beträgt heute 19 Mio. EUR. Dieses Vermögen garantiert durch seine Erträge eine nachhaltige Fördermittelvergabe für die Region. Der Schwerpunkt liegt dabei besonders auf kleinen Vereinen und Kleinstprojekten aus den Bereichen Jugend, Kultur, Kunst, Sport, Heimat- und Brauchtumpflege sowie Umweltschutz und Gesundheitspflege.

Seit Gründung der Stiftung wurden über 8.700 Projekte und Aktivitäten in der Region unterstützt und Fördergelder von rund 13,6 Mio. EUR ausgeschüttet. Auf das Berichtsjahr entfallen Fördermittel von über 0,5 Mio. EUR.

Mit einer Gesamtsumme von über 4,0 Mio. EUR (einschließlich Naspas-Stiftung) an Fördermitteln unterstützen wir so diese Vereine und Einrichtungen dabei, ihre gemeinnützigen Aufgaben und Ziele zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger im Geschäftsgebiet der Naspas weiter zu erfüllen.

Spenden und Sponsoring der Naspas (ohne Stiftung) im Jahr 2012		
In Tsd. EUR	Volumen	Anteil in %
Insgesamt	3.513	100
Davon Verwendung für:		
1. Spenden		
1.1 Soziales	135	4
1.2 Kultur	168	5
1.3 Umwelt	24	1
1.4 Sport	108	3
1.5 Forschung/Wirtschafts-/Wissenschaftsförderung	56	1
1.6 Sonstiges	2.592*	74
2. Sponsoring	430	12

*davon 2 Mio. EUR Zustiftung an die Naspas-Stiftung „Initiative und Leistung“

Naspas-Stiftung „Initiative und Leistung“ im Jahr 2012		
Stiftungskapital am 31.12.2012	19 Mio. EUR	
Stiftungsausschüttungen 2012 in Tsd. EUR	Volumen	Anteil in %
Insgesamt	529	100
Davon Verwendung für:		
Soziales	157	30
Kultur	227	43
Umwelt	16	3
Sport	66	12
Forschung/Wirtschafts-/Wissenschaftsförderung	63	12
Sonstiges	0	0

Zur weiteren wirtschaftlichen Förderung der Region hat sich die Naspas an insgesamt vier Wirtschaftsförderungsgesellschaften beteiligt. Diese tragen unter anderem auch durch die Unterstützung von Existenzgründern zu einer Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur ihrer Landkreise bei.

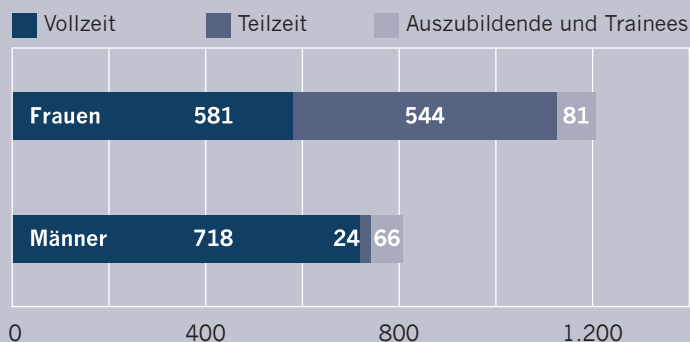
Als Steuerzahlerin trägt die Naspas zur Finanzierung der öffentlichen Hand bei. In den Jahren 2008 bis 2012 belief sich der Steueraufwand auf insgesamt 95,0 Mio. EUR (2012: 22,8 Mio. EUR). Die Gewerbe- und Grundsteuer fließt den Kommunen direkt zu, über die Umlage der Körperschaftssteuer partizipieren die Gemeinden vor Ort.

Personalbericht

Personalstruktur

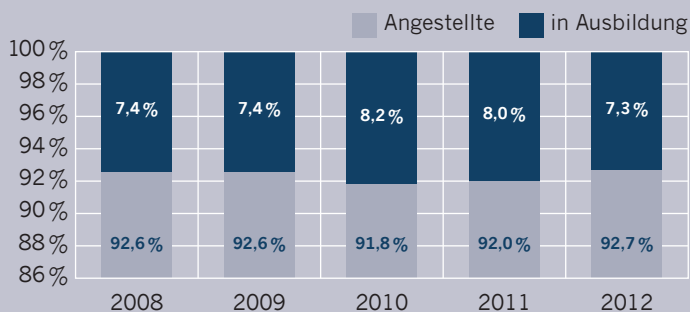
Zum Jahresende 2012 beschäftigte die Naspas insgesamt 2.014 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Ende 2011: 2.076). Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten lag bei 1.436 und die der Teilzeitbeschäftigten bei 578. Umgerechnet auf Vollzeitkräfte sind bei der Naspas 1.777 Mitarbeiter tätig (Vorjahr: 1.832).

Arbeitszeitmodelle



Der demografische Wandel stellt die Naspas vor diverse Herausforderungen. Sinkende Geburtenzahlen und der intensive Wettbewerb um qualifizierte Schulabgänger fordern verstärkte Aktivitäten um geeignete Bewerberinnen und Bewerber für eine Ausbildung zum Bankkaufmann oder zur Bankkauffrau zu gewinnen. Dies zeigt sich auch in der Beschäftigung von 147 Auszubildenden und Trainees zum Jahresende 2012 (Ende 2011: 166).

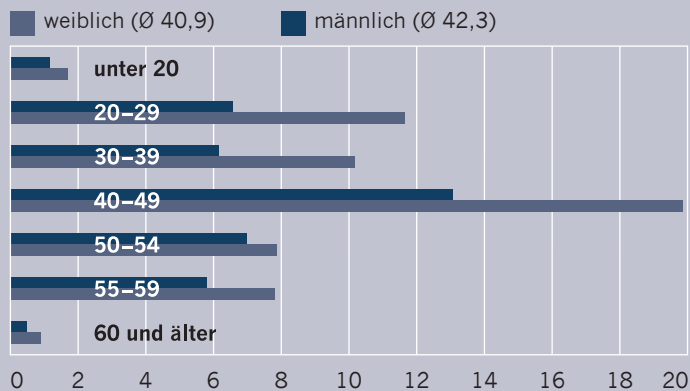
Ausbildungsquote



Bei der Naspa werden variable Arbeitszeiten sowie unterschiedliche Teilzeitmodelle genutzt. Der Anteil der Beschäftigten, die in einem aktiven Altersteilzeitverhältnis stehen, betrug Ende 2012 1,8 % (Ende 2011: 2,6 %).

Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lag 2012 bei 19,1 Jahren (Ende 2011: 18,7 Jahre), das Durchschnittsalter bei 41,4 Jahren (Ende 2011: 41,1 Jahre) und die Austrittsquote bei 6,3 % (Vorjahr: 8,1 %). Die durchschnittliche jährliche Krankenquote belief sich auf 5,1 % (Vorjahr: 5,2 %).

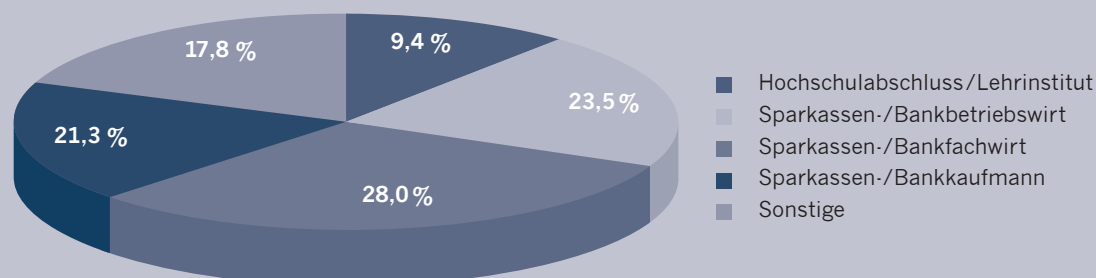
Altersstruktur (Verteilung in %)



Personalentwicklung

Die Beschäftigten der Naspa wiesen im Jahr 2012 bezüglich ihrer Bildungsabschlüsse ein im Sparkassenvergleich überdurchschnittliches Bildungsprofil auf. Über eine kontinuierliche Fort- und Weiterbildung wird sichergestellt, dass das hohe Qualifikationsniveau erhalten bleibt und für jede Funktion an die damit verbundenen Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen angepasst wird.

Bildungsabschlüsse



Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit führt die Naspa konsequent die Weiterentwicklung zur Vertriebsparkasse fort. Kundenzufriedenheit ist oberstes Gebot, um ein nachhaltiges Wachstum zu erreichen. Kompetente und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Umsetzung der Unternehmensziele. Die Führungskräfte sind dabei von zentraler Bedeutung. Dazu entwickeln wir die Vertriebs-, Leistungs- und Führungskultur stetig weiter und investieren in hohem Maße in die Mitarbeiterqualifikation.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die wichtigste Ressource unseres Hauses. Sie gilt es zu fördern und zu schützen, gerade in Zeiten steigender Anforderungen und rapiden Wandels. Gesunde, gut qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind der Schlüssel zum Erfolg.

Als attraktiver Arbeitgeber bindet die Naspa Leistungsträger an ihr Haus und wirbt Nachwuchskräfte an. Dabei erhält die Vereinbarkeit von persönlichen Interessen der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters mit denen der Sparkasse wachsende Bedeutung.

Im Jahr 2012 wurde „jump“, das betriebliche Gesundheitsmanagement bei der Naspa, konsequent weitergeführt. Angebote zur Gesundheitsentwicklung in den Bereichen Herz- und Rückengesundheit, mentale Gesundheit, Regeneration und Ernährung im Business sowie die telefonische Beratung durch eine Gesundheitshotline wurden den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angeboten. Als weiterer Schritt wurde das Gesundheitsmanagement um das betriebliche Stressmanagement erweitert, das 2013 in die Pilotphase eintritt.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Das Betriebsergebnis nach Bewertung liegt über unseren Erwartungen. Mit 55,3 Mio. EUR konnte der Vorjahreswert überschritten werden.

Gegenüber dem Vorjahr ist das Betriebsergebnis vor Bewertung wie erwartet rückläufig. Der Rückgang ist insbesondere die Folge eines geringeren Zinsüberschusses aufgrund der vorzeitigen Beendigung von Zinsswaps und der allgemeinen Zinsentwicklung sowie erhöhter Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen.

	2008	2009	2010	2011	2012
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsüberschuss (einschließlich laufender Erträge)	222,0	238,1	256,3	246,4	228,2
Provisionsüberschuss	64,8	63,5	66,8	66,5	66,1
Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen	226,6	209,4	199,8	212,1	215,3
Teilbetriebsergebnis	60,2	92,2	123,3	100,8	79,0
Nettoergebnis des Handelsbestands	0,7	0,4	0,0	0,4	-0,4
Saldo aus sonstigen Erträgen und Aufwendungen	1,3	4,5	-24,4	-23,7	-21,9
Betriebsergebnis vor Bewertung	62,2	97,1	98,9	77,5	56,7
Bewertungsergebnis	-49,8	-63,0	-79,0	-28,6	-1,4
Betriebsergebnis nach Bewertung	12,4	34,1	19,9	48,8	55,3
außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	-7,0	-7,3	-7,3
Steuern	-12,4	-11,6	-2,2	-11,3	-20,6
Bilanzgewinn	0,0	22,5	10,7	30,3	27,4

Der **Zinsüberschuss** (einschließlich laufender Erträge) verminderte sich erwartungsgemäß um 7,4 % auf 228,2 Mio. EUR. Ursächlich hierfür sind das nach wie vor niedrige Marktzinsniveau sowie die vorzeitige Beendigung von Zinsswaps (Close-out-Zahlungen) zur Sicherung des Zinsergebnisses der Folgejahre.

Der **Provisionsüberschuss** erreichte mit 66,1 Mio. EUR nahezu das Vorjahresniveau. In der Planung für das Jahr 2012 hatten wir mit einem leichten Wachstum gerechnet. Gebührenrückgänge im Bereich der Girokonten sowie der Erträge im Wertpapierkommissionsgeschäft infolge der weiterhin bestehenden Unsicherheiten an den Geld- und Kapitalmärkten konnten wir durch Ertragssteigerungen im sonstigen Dienstleistungsgeschäft annähernd kompensieren.

Die **Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen auf Sachanlagen** erhöhten sich geringer als unsere Planerwartungen um insgesamt 1,5 % auf 215,3 Mio. EUR. Der Anstieg des **Personalaufwandes** von 0,9 % auf 129,4 Mio. EUR entspricht unseren Erwartungen und ist vor allem auf höhere Belastungen aus dem Versorgungswerk zurückzuführen. Der **Sachaufwand** stieg im Rahmen der Umsetzung strategischer Projekte um 2,3 % auf 74,3 Mio. EUR an. Die **Abschreibungen auf Sachanlagen** bewegten sich mit 11,5 Mio. EUR nahezu auf Vorjahresniveau (11,2 Mio. EUR).

Der **Saldo aus sonstigen Erträgen und sonstigen Aufwendungen** enthält im Wesentlichen die Aufwendungen für die Aufzinsung der Pensionsrückstellungen in Höhe von -30,3 Mio. EUR und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 7,6 % auf insgesamt -21,9 Mio. EUR

vermindert. Bedingt durch Währungskursveränderungen liegt das **Nettoergebnis des Handelsbestandes** bei -0,4 Mio. EUR.

Zur Berechnung des Aufwand-Ertrag-Verhältnisses wurde für das Geschäftsjahr 2012 der Verwaltungsaufwand in Relation zu den Erträgen (Zins- und Provisionsüberschuss, Nettoergebnis des Handelsbestands sowie der Saldo aus sonstigen Erträgen und Aufwendungen) gesetzt. Die sich hieraus ergebende **Cost-Income-Ratio (CIR)** hat sich aufgrund der beschriebenen Entwicklung im Zinsüberschuss von 73,2 % auf 79,2 % erhöht. Für das im Jahresdurchschnitt zur Verfügung stehende bilanzielle Eigenkapital errechnet sich auf Basis des Vorsteuerergebnisses und vor Veränderung der Reserven nach § 340f und § 340g HGB für das abgelaufene Jahr eine Eigenkapitalverzinsung von 7,2 % (2011: 6,8 %).

Das Bewertungsergebnis hat sich vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2012 mit insgesamt -1,4 Mio. EUR deutlich positiver als unsere Erwartungen entwickelt und hat damit einen großen Anteil am guten Gesamtergebnis. Die Risikoaufwendungen im Kundenkreditgeschäft verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 6,7 Mio. EUR. Insgesamt wurden Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 5,6 Mio. EUR aufgelöst. Der positive Saldo (5,9 Mio. EUR) des Bewertungsergebnisses im Wertpapiergeschäft ist hauptsächlich auf positive Kursentwicklungen zurückzuführen.

Der Saldo aus der Bewertung von Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und Wertpapieren, die wie Anlagevermögen behandelt wurden, ist mit einem Gesamtaufwand von 7,5 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr (2011: 21,6 Mio. EUR) deutlich niedriger ausgefallen.

Das Bewertungsergebnis beinhaltet ebenso die Zuführungen zu den Reserven gemäß § 340f und § 340g HGB in Höhe von 7,4 Mio. EUR.

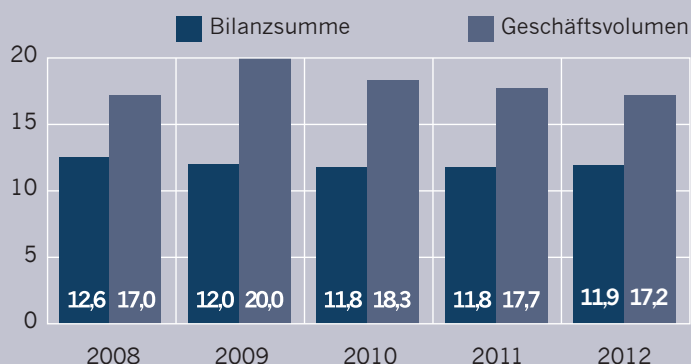
Insgesamt tragen die Bewertungen im Wertpapier- und Kreditgeschäft allen erkennbaren Risiken ausreichend Rechnung. Die Aufwendungen und Erträge aus dem Bewertungsergebnis wurden gemäß § 340f Abs. 3 HGB, § 340c Abs. 2 HGB und § 33 der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) saldiert.

Der verbleibende Bilanzgewinn steht zur Stärkung der Eigenkapitalbasis zur Verfügung.

Das **außerordentliche Ergebnis** entfällt ausschließlich auf eine Zuführung zu den Pensionsrückstellungen gemäß Art. 67 Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch (EGHGB).

Finanz- und Vermögenslage

Entwicklung der Bilanzsumme und des Geschäftsvolumens der Naspa (Mrd. EUR)



Die Bilanzsumme blieb mit 11,9 Mrd. EUR nahezu auf Vorjahresniveau und das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme, Bürgschaften und Derivate mit ihren Nominalbeträgen) verminderte sich um 0,5 Mrd. EUR bzw. 2,8 % auf 17,2 Mrd. EUR.

Entwicklung einzelner Positionen der Aktiva

	2008	2009	2010	2011	2012
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	2.405	1.808	1.998	1.893	1.751
Forderungen an Kunden	7.910	8.100	7.900	7.997	8.166
Wertpapiere	1.537	1.512	1.305	1.333	1.401
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	422	167	163	154	138
Übrige Aktiva	341	394	441	431	407
Bilanzsumme	12.615	11.981	11.807	11.808	11.863

Die **Forderungen an Kreditinstitute** haben sich gegenüber dem Vorjahr um rund 0,1 Mrd. EUR (7,5 %) verringert. Der Bestandsrückgang ist die Folge des geplanten Abbaus von Eigengeschäften.

Das **Kundenkreditgeschäft** hat sich im Jahr 2012 insgesamt um rund 0,2 Mrd. EUR (2,1 %) erhöht. In der Planung für das Jahr 2012 hatten wir insgesamt mit einem niedrigeren Wachstum gerechnet. Insbesondere in den Geschäftsfeldern Privatkunden, Firmenkunden sowie Kommunen und Institutionelle konnten Bestandszuwächse verzeichnet werden. Im Bereich der Wohnungsbaufinanzierungen hat

die Naspas im Jahr 2012 rund 607 Mio. EUR Darlehenszusagen (2011: 450 Mio. EUR) gegeben.

Die Bestände an festverzinslichen **Wertpapieren**, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren liegen mit 1,4 Mrd. EUR über Vorjahresniveau. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 5,1 % resultiert aus Wertpapierkäufen im kurzfristigen Laufzeitbereich im Rahmen der Liquiditätssteuerung. Der Rückgang der **Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen** um 10,4 % auf rund 138 Mio. EUR ist auf Kapitalrückzahlungen bei Anteilen an verbundenen Unternehmen sowie Wertkorrekturen bei Beteiligungen zurückzuführen.

Entwicklung einzelner Positionen der Passiva

	2008	2009	2010	2011	2012
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.988	2.751	2.659	2.695	2.709
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.480	7.183	7.150	7.218	7.273
Verbriefte Verbindlichkeiten	645	658	614	469	475
Eigene Mittel	783	767	809	848	872
Übrige Passivbestände	719	622	575	578	534
Bilanzsumme	12.615	11.981	11.807	11.808	11.863

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** sind mit einem Zuwachs von 0,5 % im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant geblieben. Im Jahr 2012 wurden zur langfristigen Sicherung der Liquidität erstmals Pfandbriefe in Höhe von insgesamt 100,0 Mio. EUR emittiert. Hierbei wurde ein Volumen von rund 70,0 Mio. EUR an Kreditinstitute ausgegeben.

Auch die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** bewegen sich mit insgesamt rund 7,3 Mrd. EUR nahezu auf Vorjahresniveau. Das entgegen unseren Erwartungen geringere Wachstum ist insbesondere unserer unveränderten strategischen Ausrichtung, kein Wachstum über Konditionen zu generieren, geschuldet.

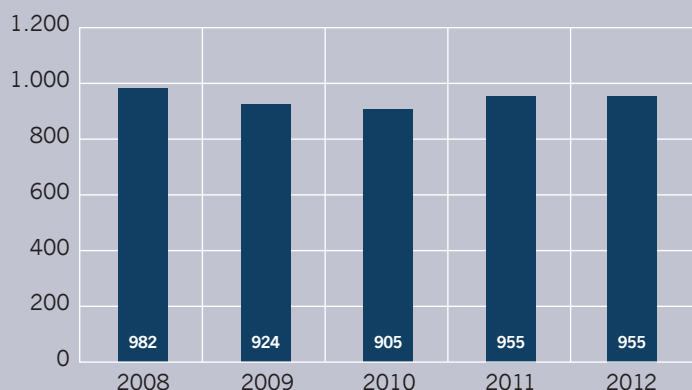
Während in den Geschäftsfeldern Privatkunden sowie Kommunen und Institutionelle ein Einlagenwachstum erzielt wurde, waren im Geschäftsfeld Firmenkunden leichte Rückgänge zu verzeichnen. Die Bestandsentwicklung enthält 30,0 Mio. EUR an Großkunden ausgegebene Pfandbriefe.

Aufgrund des weiterhin niedrigen Zinsniveaus hielt auch im Geschäftsjahr 2012 die Entwicklung hin zu kurzfristigen Anlagen an. Während sich die Bestände der Spareinlagen und die Bestände der anderen Verbindlichkeiten um insgesamt 0,4 Mrd. EUR (11,7 %) verminderten, stiegen die Sichteinlagen um 0,4 Mrd. EUR bzw. 10,5 % an.

Die Entwicklung der Liquidität der Naspa ist im Risikobericht (Liquiditätsrisiken) dargestellt.

Eigenkapitalausstattung

Eigenmittel gemäß Solvabilitätsverordnung (in Mio. EUR)



Die **Sicherheitsrücklage** der Naspa beläuft sich auf 575,3 Mio. EUR. Die Eigenmittel gemäß § 10 Kreditwesengesetz (KWG) i. V. m. § 2 der Solvabilitätsverordnung (SolV) betragen zum Bilanzstichtag rund 955 Mio. EUR und setzen sich wie folgt zusammen: Sicherheitsrücklage, Stammkapital, stille Einlagen, Rücklagen gemäß § 340g HGB und Ergänzungskapital, das aus den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB, dem Genussrechtskapital sowie den nachrangigen Verbindlichkeiten besteht. Den im April getätigten Zuführungen zum Kernkapital aus dem Jahresabschluss 2011 stehen Fälligkeiten im Ergänzungskapital in nahezu gleicher Höhe gegenüber.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die **Kernkapitalquote** um 0,4 Prozentpunkte auf rund 10,5 % erhöht. Die **Gesamtkennziffer** war um 0,2 Prozentpunkte rückläufig und beträgt zum Bilanzstichtag 12,9 %. Die Ermittlung der Gesamtkennziffer erfolgte nach dem Kreditrisikostandardansatz. Die Anforderungen der SolV wurden vollumfänglich erfüllt.

In der betrieblichen Altersversorgung bestehen nach Verminderung um 7,3 Mio. EUR noch Pensionsverpflichtungen aufgrund der Umstellung auf das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) von rund 87,4 Mio. EUR, die wir durch Nutzung des gesetzlichen Wahlrechtes nach Art. 67 EGHGB bisher nicht den Pensionsrückstellungen zugeführt haben. Daneben bestehen noch bereits reduzierte, nicht bilanzierte Verpflichtungen in Höhe von 12,5 Mio. EUR in Ausübung des Wahlrechtes nach Art. 28 EGHGB in den Jahren 2008 und 2009.

Gesamtbeurteilung

Auch das Geschäftsjahr 2012 war durch die weiterhin andauernden Verunsicherungen an den Geld- und Finanzmärkten geprägt. Den daraus resultierenden ergebnisbelastenden Effekten – insbesondere im Zinsüberschuss – konnte entsprechend gegengesteuert werden. Vor allem das insgesamt positiv ausgefallene Ergebnis der Kreditbewertungen schuf Freiraum zum Abschluss von Maßnahmen zur Stabilisierung des Zinsüberschusses mit Wirkung für die Folgejahre. Rechnerisch hat diese Maßnahme den Anstieg der Cost-Income-Ratio überkompensiert. Unter Berücksichtigung der Maßnahmen hat sich der Zinsüberschuss aber nahezu plangemäß entwickelt, obwohl der Wettbewerb um Kundeneinlagen unverändert hart geführt wird.

Trotz eines weiterhin zurückhaltenden Interesses unserer Kunden an Wertpapieranlagen wurde das gute Provisionsergebnis aus dem Jahr 2011 nahezu wieder erreicht. Ermöglicht wurde dies durch höhere Erträge im sonstigen Dienstleistungs- und Einlagengeschäft.

Beeinflusst wurde das gute Ergebnis der Sparkasse im Jahr 2012 durch das Bewertungsergebnis. Insbesondere vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat sich die Risikovorsorge für Einzelkreditrisiken im Kundenkreditgeschäft sehr erfreulich dargestellt. Dem Bewertungsergebnis Beteiligungen und verbundene Unternehmen stand ein positives Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft gegenüber. Das Betriebsergebnis nach Bewertung liegt – trotz der beschriebenen Maßnahmen zur Stabilisierung des Zinsüberschusses – über dem Niveau des Vorjahres.

Durch die erstmalige Emission von Pfandbriefen steht der Naspa ein Kapitalmarktprodukt zur langfristigen Liquiditätssteuerung zur Verfügung.

Nach der beabsichtigten Zuführung des Bilanzgewinnes zur Sicherheitsrücklage in Höhe von 27,4 Mio. EUR wird sich das bilanzielle Eigenkapital auf 802,7 Mio. EUR erhöhen. Die Gesamtkennziffer nach der SolV beträgt zum Bilanzstichtag 12,9 %.

Insgesamt beurteilen wir die **Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage** der Naspa als geordnet.

Nachtragsbericht

Neben werterhellenden, für den Jahresabschluss 2012 zu berücksichtigenden Sachverhalten sind nach Schluss des Geschäftsjahres 2012 keine Vorgänge eingetreten, die wesentliche Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Naspa im Geschäftsjahr 2012 hatten.

Risikobericht

Grundlagen des Risikomanagements

Zum Bankgeschäft gehört zu einem wesentlichen Teil das Eingehen von Risiken. Dies geschieht nach den geschäftspolitischen, betriebswirtschaftlichen und rechtlichen Vorgaben sowie unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit (RTF) der Naspa.

Die auf § 25a KWG basierenden Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) umfassen die Festlegung geeigneter Regelungen zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Risiken, die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation und die Implementierung angemessener interner Kontrollverfahren. Letztere bestehen aus Regelungen zur Aufbau- und Ablauforganisation sowie Prozessen zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der Risiken (Risikosteuerungs- und -controllingprozesse).

Die gesetzlichen sowie aufsichts- und sparkassenrechtlichen Bestimmungen stellen die Rahmenbedingungen für das Risikomanagement dar. Zudem hat die Naspa risikostrategische Grundsätze festgelegt.

Ziel des Risikomanagements

Zu jeder Zeit ist sicherzustellen, dass die Risikotragfähigkeit der Naspa gegeben ist. Das Risikomanagement orientiert sich dabei zum einen an der Sichtweise des Gläubigerschutzes (Gone-Concern) und zum anderen an der Sichtweise der Geschäftsführung (Going-Concern). Risiken werden bewusst und kalkuliert eingegangen, um Chancen zu nutzen. Die Steuerung der Naspa erfolgt im Rahmen eines ökonomischen, eines Gewinn-und-Verlust-Rechnungsorientierten (GuV-orientierten) und eines aufsichtsrechtlichen Steuerungskreises. Ziel ist die primäre Steuerung nach ökonomischen Größen, wobei das Aufsichtsrecht und die GuV-Steuerung Nebenbedingungen vorgeben, die einzuhalten sind.

Für die ökonomische Steuerung ist die Allokation des ökonomischen Kapitals anhand von wertorientierten Steuerungsgrundsätzen der Ausgangspunkt. Das darauf basierende Gesamtbanklimitsystem ist ein zentrales Instrument zur Umsetzung der risikostrategischen Ausrichtung der Gesamtbank. Im GuV-Steuerungskreis stehen als Risikodeckungspotenzial neben dem geplanten Ergebnis die Reserven gemäß § 340f HGB sowie die nicht zur Unterlegung der Risikoaktiva

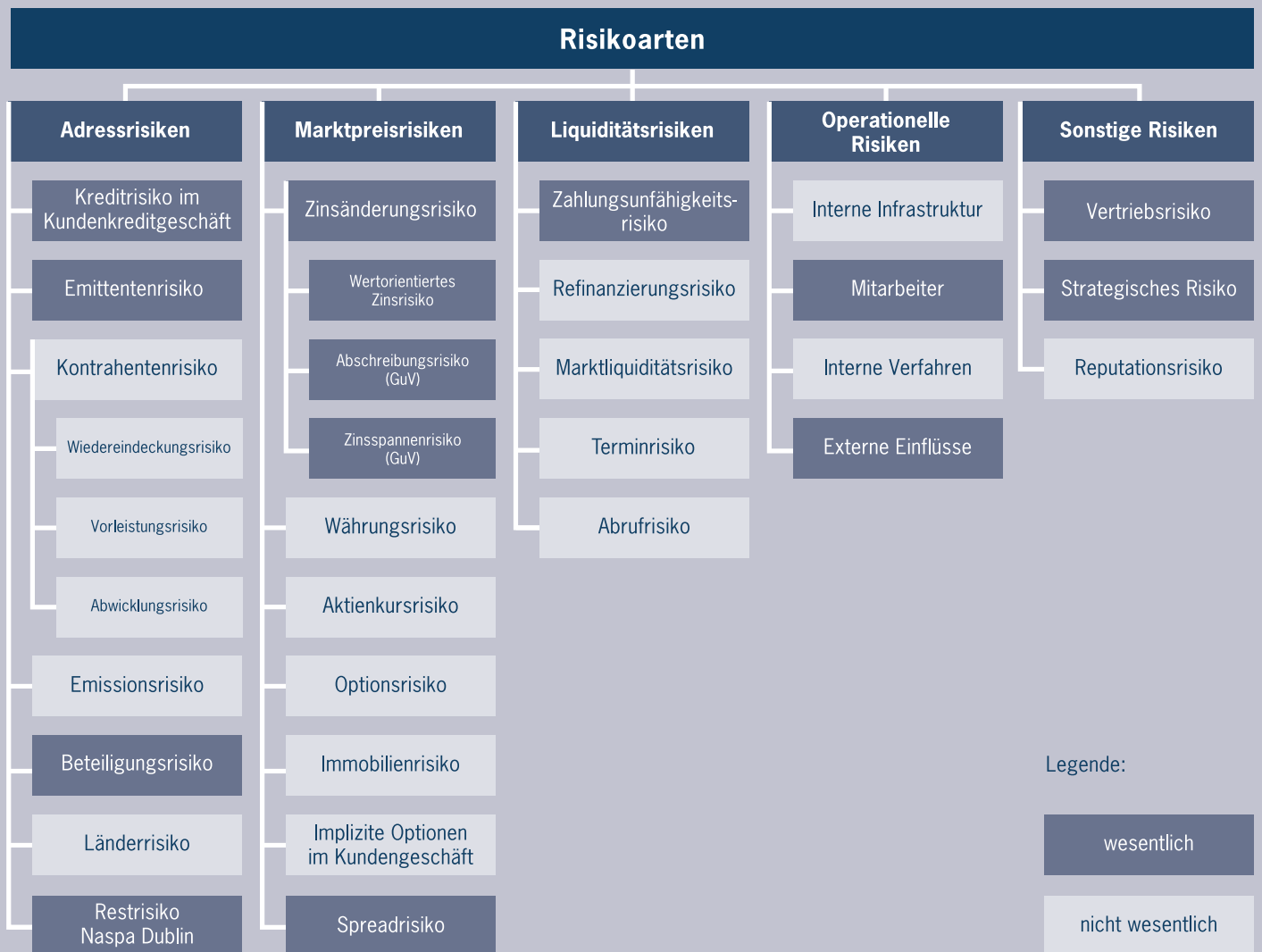
benötigten Teile des Kernkapitals zur Verfügung. Im aufsichtsrechtlichen Steuerungskreis stehen als Risikodeckungspotenzial die über die Eigenmittelanforderungen gem. SolV hinausgehenden Eigenmittel zur Verfügung.

Risikoverständnis

Unter dem Begriff „Risiko“ verstehen wir eine Verlust- oder Schadensgefahr, die dadurch entsteht, dass eine erwartete zukünftige

Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant. In jedem Fall ist damit ein Ertragsverlust bzw. eine Vermögensminderung verbunden. Die Verringerung oder das vollständige Ausbleiben einer Chance zur Erhöhung der Erträge oder des Vermögens wird grundsätzlich nicht als Risiko angesehen („enger Risikobegriff“).

Entsprechend den Anforderungen der MaRisk (Modul AT 2.2) haben wir für unsere Sparkasse die Risiken identifiziert und wie folgend eine Unterscheidung in wesentliche und nicht wesentliche Risiken im Rahmen einer jährlichen Risikoinventur vorgenommen:



Diese als wesentlich definierten Risiken finden im Risikomanagement der Naspa grundsätzlich Berücksichtigung. Auch für die nicht als wesentlich definierten Risiken verfügen wir über angemessene Steuerungsinstrumente.

Der Begriff des **Adressrisikos** ist im Sinne eines Bonitätsrisikos zu verstehen, das heißt, es wird das Risiko einer möglichen Bonitätsverschlechterung mit dem Spezialfall des Ausfalls des Vertragspartners betrachtet. Die Unterteilung des Adressrisikos erfolgt nach den betroffenen Produktgruppen, wobei Krediten das klassische Kreditrisiko, Derivaten das Kontrahentenrisiko und Wertpapieren das Emittentenrisiko zugeordnet wird. Zusätzlich umfasst das Adressrisiko auch Länder- und Beteiligungsrisiken.

Das **Marktpreisrisiko** bezeichnet potenzielle Verluste, die aus nachteiligen Marktwertänderungen von Positionen entstehen können, das heißt, die aufgrund von Änderungen der Zinssätze (Zinsänderungsrisiko), der Wechselkurse (Währungsrisiko), der Aktienkurse, Indizes und Fondspreise (Aktienkursrisiko), der Spreads (Spreadrisiken), der Optionspreise (Optionsrisiko), der Immobilienpreise (Immobilienrisiko), den Risiken Impliziter Optionen im Kundengeschäft sowie den Risiken aus Ergebnisschwankungen aufgrund sonstiger Einflussfaktoren entstehen können.

Unter dem **Liquiditätsrisiko** wird bei der Naspa die Gefahr verstanden, dass das Kreditinstitut zahlungsunfähig (illiquide) wird bzw. seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann. Liquiditätsrisiken ergeben sich aufgrund mangelnder Synchronität zwischen Mittelzuflüssen und Mittelabflüssen, die vor allem durch die Fristentransformation sowie durch Unsicherheiten bei den erwarteten Zahlungsströmen begründet sind.

Das **Operationelle Risiko** stellt die Gefahr von Verlusten dar, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens der internen Infrastruktur, von Mitarbeitern, von internen Verfahren oder infolge externer Einflüsse eintreten. Darüber hinaus deckt diese Definition Rechtsrisiken ab.

Alle Risiken, die sich den Liquiditätsrisiken, Marktpreisrisiken, Adressrisiken sowie den Operationellen Risiken nicht bzw. nicht eindeutig zuordnen lassen, stellen sogenannte **Sonstige Risiken** dar. Dazu gehören insbesondere Strategische Risiken, Vertriebsrisiken sowie Reputationsrisiken. Vertriebsrisiken und Strategische Risiken werden als wesentlich angesehen.

Vertriebsrisiken bezeichnen die Gefahr, dass Produkte und Dienstleistungen nicht oder nicht mehr zu den erwarteten Preisen abgesetzt bzw. nachgefragt werden. **Strategische Risiken** bezeichnen die Gefahr von Verlusten aus Entscheidungen zur grundsätzlichen Ausrichtung und Entwicklung der Geschäftstätigkeit der Sparkasse.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen sind bei der Naspa als die Häufung von Risiken aufgrund der Portfoliozusammensetzung (zum Beispiel Branchen, Größenklassenstrukturen, Vermögensallokation, Erfolgsquellen) definiert, die aus Veränderungen desselben Risikofaktors oder korrelierender Risikofaktoren resultieren und einen maßgeblichen negativen Einfluss auf die Risikotragfähigkeit oder auf die Liquidität der Naspa haben. In Abhängigkeit von den Risikofaktoren können sich hierbei Risikokonzentrationen auf eine einzelne Risikoart beschränken (Intra-Risikokonzentrationen) oder auf unterschiedliche Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen) verteilen.

Darüber hinaus werden für Ertragskonzentrationen die unterschiedlichen Ergebniskomponenten betrachtet und hinsichtlich Konzentrationen untersucht. Gemäß der Risikostrategie sind Risikokonzentrationen grundsätzlich durch eine entsprechende Diversifikation (zum Beispiel Regionen, Branchen) zu vermeiden. Trotzdem ergeben sich unter anderem aus dem öffentlichen Auftrag der Sparkasse Risikokonzentrationen, über deren Akzeptanz, Transfer oder Reduktion eine Entscheidung herbeigeführt wird.

Um einen Überblick zu erhalten, werden im Rahmen der Risikoinventur auch die Risikokonzentrationen identifiziert, die als spezielle Ausprägung Ertragskonzentrationen umfassen können.

Im Jahr 2012 hat sich die Naspa im Einklang mit den aufsichtsrechtlichen Anforderungen mit Risikokonzentrationen befasst, die innerhalb einer einzelnen oder zwischen unterschiedlichen Risikoarten entstehen können.

Im Adressrisiko ist unter anderem ein volumenbasiertes Monitoring von Risikokonzentrationen eingerichtet, das die Diversifikation der Adressrisiken in verschiedenen Strukturdimensionen (Branchen, Länder, Ratingklassen, Größenklassen) darstellt. Zusätzlich ist ein Obergrenzensystem zur Vermeidung von Risikokonzentrationen eingerichtet. Außerdem beteiligt sich die Naspa an überregionalen

Kreditbaskettransaktionen der Sparkassenorganisation zu weiteren Diversifikation der Adressrisiken. Mit den Kreditrisikomodellen Credit Portfolio View (CPV) in der Version des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) für Kundenkreditgeschäfte und Credit Metrics (GCPM) für Handelsgeschäfte werden mögliche Risikokonzentrationen bei der Risikoquantifizierung berücksichtigt.

Im Marktpreisrisiko, hier speziell im Zinsänderungsrisiko, werden Konzentrationen explizit im Rahmen einer historischen Simulation berücksichtigt. Außerdem werden Handelsgeschäfte kontingentiert und Obergrenzen zur Vermeidung von Risikokonzentrationen festgelegt.

Im Liquiditätsrisiko erfolgt eine qualitative und quantitative Bewertung der Risikokonzentrationen. Dabei werden unter anderem sowohl die Fristigkeiten, die Produktarten als auch die Liquiditätsgeber betrachtet. Darüber hinaus erfolgt eine Bewertung anhand des Gini-Koeffizienten und des Herfindahl-Hirschman-Indizes.

Im Operationellen Risiko wird eine Ex-ante- und Ex-post-Identifikation von Schadenshäufungen durchgeführt. Zusätzlich trägt das Benchmarking mit Pool-Daten dazu bei, Risikokonzentrationen in Operationellen Risiken frühzeitig zu identifizieren.

Im jeweiligen Risikomanagementprozess der einzelnen Risikoarten werden die Entwicklungen der Risikokonzentrationen und die Einhaltung von Steuerungsmaßnahmen überwacht.

Risikotragfähigkeit

Unter dem Begriff der Risikotragfähigkeit fassen wir Verfahren zur Sicherstellung einer angemessenen Ausstattung mit Risikodeckungspotenzial im Verhältnis zu den vorhandenen Risiken zusammen. Dadurch stellen wir sicher, dass die Risiken jederzeit auf ein für die Naspas als vertretbar eingeschätztes Maß begrenzt sind, das heißt die Risiken zu keiner Zeit ein den Fortbestand des Unternehmens bedrohendes Ausmaß erreichen. Ziel ist es, die Risikotragfähigkeit nachhaltig sicherzustellen. Dies wird dann erreicht, wenn das vorhandene Risikodeckungspotenzial zu jedem Zeitpunkt mit angemessener Wahrscheinlichkeit größer ist als die eingegangenen Risiken. Wir haben die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit mithilfe eines gesamtbankweiten Limitsystems in unser internes Risikomanagement integriert. Alle wesentlichen Risiken werden im Steuerungskonzept berücksichtigt.

Insgesamt wird zwischen drei verschiedenen Steuerungskreisen unterschieden. Diesen Steuerungskreisen lassen sich zwei zentrale Sichtweisen für die Messung von Risiko und Vermögen zuordnen. Die Sichtweise des Gläubigerschutzes (Gone-Concern) wird im ökonomischen Steuerungskreis abgebildet, die Sichtweise der Geschäftsfortführung (Going-Concern) findet im GuV-orientierten sowie im aufsichtsrechtlichen Steuerungskreis Berücksichtigung. Darüber hinaus wird die Risikosituation der Naspas für den bundesweiten Haftungsverband über das DSGV-Risikomonitoring sowie für den regionalen Verband über das Risikotransparenzsystem der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen beurteilt.

Stresstests

Die Naspas führt regelmäßig oder anlassbezogen Stresstests durch. Hierbei wird die Verlustanfälligkeit der Naspas bezüglich außergewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse geprüft. Darüber hinaus werden inverse Stresstests vorgenommen. Bei diesen wird untersucht, welche Ereignisse die Naspas in ihrer Überlebensfähigkeit gefährden könnten. Kritische Geschäftsentwicklungen können somit früher identifiziert werden und die Sichtweise auf Risikotragfähigkeit sowie Liquidität der Naspas wird im Sinne einer kritischen Reflexion ergänzt.

Die Stresstests werden auf Basis identifizierter Risiko- und Werttreiber der Naspas entwickelt, mindestens jährlich hinsichtlich ihrer Ausgestaltung überprüft und bei Bedarf an neue Situationen in der Umwelt angepasst. Sie umfassen Sensitivitätsanalysen und Szenarioanalysen sowie historische und hypothetische Szenarien. Zum 31.12.2012 hat die Naspas zehn verschiedene herkömmliche Stresstests (zum Beispiel globale Rezession, Kreditkrise, Zinsschock, Liquiditätskrise) und zwei inverse Stresstests durchgeführt. Alle durchgeführten herkömmlichen Stresstests ergaben, dass das Risikodeckungspotenzial größer ist als die Risiken, das heißt, die Risikotragfähigkeit ist gegeben. Aus den Ergebnissen sämtlicher Stresstests ergeben sich keine anlassbezogenen Maßnahmen.

Risikomanagementprozess

Der Risikomanagementprozess der Naspas baut auf einem umfassenden Instrumentarium zur Risikoerkennung, zur Risikomessung und -bewertung, zum Risikoreporting, zur Risikosteuerung und zur

Risikokontrolle auf. Die angewandten Methoden und Instrumente umfassen damit alle Aktivitäten zum systematischen Umgang mit Risiken und werden fortlaufend nach betriebswirtschaftlichen und aufsichtsrechtlichen Kriterien weiterentwickelt.

Als dauerhafter, kontinuierlicher Prozess kann der Risikomanagementprozess in Form des folgenden Regelkreises dargestellt werden.



Effektives Risikomanagement, das heißt die rechtzeitige, angemessene und effiziente Reaktion auf unerwünschte Entwicklungen bzw. deren Vermeidung, erfordert detaillierte Kenntnisse der Risiken aller Geschäftsaktivitäten. Ziel der **Risikoerkennung** ist somit die strukturierte Erfassung der wesentlichen Risiken und Risikobereiche. Besonders vor der Aufnahme von Geschäften in neuen Produkten, Produktvarianten oder auf neuen Märkten sind eine umfassende Risikoidentifikation und eine angemessene Einbindung in die Systeme erforderlich.

Mit der erfolgreichen Emission von Pfandbriefen in 12 Tranchen über ein Gesamtvolumen von 100,0 Mio. EUR wurde die Naspa im Jahr 2012 zur Pfandbriefbank. Bei den Emissionen handelte es sich um Hypothekendarlehen mit festem Kupon und Laufzeiten von 10 bzw. 15 Jahren. Hierzu wurde im Rahmen eines Prozesses zur Aufnahme von Geschäften in neuen Produkten oder auf neuen Märkten eine umfassende Analyse der Risiken und deren Einbindung in die Systeme der Naspa durchgeführt.

Für die Aufnahme in die Systeme und die damit verbundene Risikoerkennung ergaben sich keine Besonderheiten aus der Pfandbriefemission. Für die Einhaltung der Anforderungen aus § 27 Pfandbriefgesetz (PfandBG) wurde ein entsprechender Prozess implementiert. Bei der **Risikomessung und -bewertung** werden die konkreten Verlust- bzw. Vermögensminderungspotenziale entsprechend den risikokartenspezifischen Quantifizierungsverfahren ermittelt und mit den festgelegten Limiten abgeglichen.

Ziel des systematischen internen **Risikoreportings** ist die Aufbereitung und Verdichtung der Daten aus der Risikomessung. Ein zentrales Element sind dabei die Risikoberichte, die den Gesamtvorstand regelmäßig über die Risikosituation informieren.

Im Rahmen der **Risikosteuerung** werden für die identifizierten und bewerteten Risikopositionen entsprechende Steuerungsmaßnahmen abgeleitet. Risiken können dazu grundsätzlich akzeptiert, verringert, begrenzt, vermieden oder übertragen werden. Dabei ist die Steuerung der Geschäftsaktivitäten unter Berücksichtigung ihrer Risikoertrags-Relation von elementarer Bedeutung.

Im Rahmen der prozessabhängigen **Risikokontrolle** werden die durchgeführten Steuerungsmaßnahmen hinsichtlich ihrer Effizienz und Effektivität überprüft und ggf. erneute Handlungen im Risikomanagementprozess veranlasst. Wesentliche Verfahren der Risikokontrolle sind Abweichungsanalysen (Risikolage vor/nach Risikosteuerung) und integrierte Kontrollen.

Risikomanagementorganisation

Der **Gesamtvorstand** ist für die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation und ihre Weiterentwicklung verantwortlich. Diese Verantwortung bezieht sich auch auf ausgelagerte Aktivitäten und Prozesse. Sie umfasst die Festlegung angemessener Strategien und die Einrichtung angemessener Kontrollverfahren und somit die Verantwortung für alle wesentlichen Elemente des Risikomanagementprozesses. Da der Gesamtvorstand diese Aufgabe jedoch nicht in vollem Umfang selbst wahrnehmen kann, hat er durch Zielvorgaben und Aufgabendelegation sicherzustellen, dass ein adäquates Risikomanagement im Unternehmen besteht. Bei der Naspa ist das Risikomanagement so gestaltet, dass die erforderlichen Funktionstrennungen zwischen Risikosteuerung und Risikocontrolling bis hin zur Vorstandsebene auch für den Vertretungsfall in der

jeweils vom Vorstand verabschiedeten Geschäftsverteilung gewährleistet sind.

Der **Verwaltungsrat** oder sein gemäß Geschäftsordnung gebildeter Kredit- und Risikoausschuss werden schriftlich regelmäßig mindestens vierteljährlich oder bei wesentlichen Ereignissen auch ad hoc über die Risikosituation informiert. Darüber hinaus werden die Geschäftsstrategie, die Risikostrategie sowie die Teilrisikostrategien dem Verwaltungsrat zur Kenntnis gegeben und mit diesem erörtert.

Die **Risikosteuerung** hat die Aufgabe, die im Rahmen der Risikoeerkennung und Risikoanalyse ermittelten Risiken durch entsprechende Maßnahmen aktiv zu beeinflussen. Die adäquate Steuerung setzt voraus, dass die Verantwortlichen kontinuierlich über die Risikosituation informiert sind und die eingeleiteten Risikomaßnahmen kommuniziert werden. Über die erforderlichen Maßnahmen wird individuell entschieden. Die Verantwortlichkeit für alle operativen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Risikosteuerung obliegt bei der Naspa den jeweiligen geschäftsfeldverantwortlichen Fachbereichen.

Das **Risikocontrolling** ist als Bestandteil des Risikomanagementprozesses die zwingende Voraussetzung für eine sachgerechte Analyse und Beurteilung von Risiken. Das Risikocontrolling verfolgt das Ziel, die Risiken zu überwachen sowie die Planung zielorientiert an veränderte Bedingungen anzupassen. Der Zentralbereich Gesamtbanksteuerung ist bei der Naspa für das Risikocontrolling zuständig und gibt die strategische Ausrichtung im Risikomanagement vor. Ihm obliegt die Methodenkompetenz zur Ausgestaltung der einzusetzenden Verfahren für die Erkennung, die Messung und Beurteilung, das Reporting, die Steuerung und die Kontrolle der Risiken.

Die **Interne Revision** ist eine von den zu prüfenden Organisationseinheiten und Prozessen unabhängige Institution des Vorstands, ihm unmittelbar unterstellt und berichtspflichtig. Sie überwacht risikoorientiert als unabhängiger unternehmensinterner Bereich die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse. Basis für die Tätigkeit der Internen Revision sind die geschäftspolitischen Grundsätze, Ziele und Strategien des Vorstands. Sie nimmt ihre Aufgaben selbständig und unabhängig wahr. Grundlage der Prüfungshandlungen durch die Interne Revision sind die MaRisk sowie die Geschäftsanweisung für die Interne Revision. Sie prüft und beurteilt insbesondere die Angemessenheit und Wirksamkeit der Leitungs-, Steuerungs- und Kontrollaktivitäten sowie die Strategien und Pro-

zesse, die der Erfüllung der Anforderungen an das Risikomanagement nach § 25a KWG dienen. Darüber hinaus prüft und beurteilt sie die vollständige und zweckmäßige Umsetzung der durch den Vorstand verabschiedeten Strategien und Zielsetzungen sowie die Funktionsfähigkeit, Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems.

Die Risikoarten im Einzelnen

Adressrisiken

Die wesentlichen Ziele des Adressrisikomanagements sind in der Teilrisikostrategie Adressrisiken festgelegt. Ein Hauptziel der Naspas ist eine adäquate Risiko-Ertrags-Relation im Rahmen einer konservativen Kreditrisikopolitik.

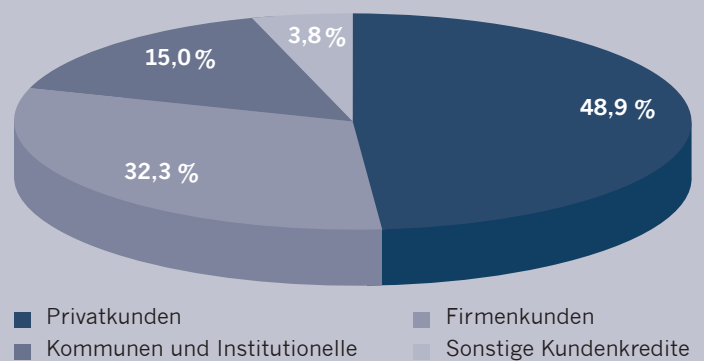
Abhängig von Kundenbonität und Besicherung hat die Naspas engagementbezogene Obergrenzen festgelegt. Daneben sind Obergrenzen für den Handelsbereich definiert. Überschreitungen der Obergrenzen werden überwacht. Die Kreditbewilligungskompetenzen sind neben einer größen- und sicherheitenabhängigen Kompetenzstufe so ausgerichtet, dass ab einem bestimmten Rating der nächsthöhere Kompetenzträger über das Engagement entscheidet.

Zur Risikoklassifizierung des Kundenkreditgeschäftes setzen wir grundsätzlich die von der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH für die Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringverfahren ein. Dabei handelt es sich um mathematisch-statistische Beschreibungsmodelle, die ausfallrelevante Merkmalsausprägungen eines Kreditnehmers in eine Bonitätsaussage (Ratingnote, Ausfallwahrscheinlichkeit) transformieren.

Am 31. Dezember 2012 ergab sich für das Kundenkreditportfolio (einschließlich Kreditzusagen und Berücksichtigung der Kreditkartenlimite) in Höhe von rund 10,8 Mrd. EUR (2011: 10,6 Mrd. EUR) folgende Struktur:

Rating-klassen	1-9	10-12	13-15	16-18	ohne Rating
Definition	kein erkennbares oder geringes Bonitätsrisiko	erhöhtes Bonitätsrisiko, aber akzeptabel	stark problem-behaftete Engagements	unwahrscheinliche Rückzahlung, 90 Tage Verzug, Risikovorsorge gebildet, Vergleich, Insolvenz, Abgabe an die Sanierung bzw. Kreditabwicklung	es liegt kein internes Ratingverfahren vor
Ausfallwahrscheinlichkeiten in %	0,01-2,00	3,00-6,70	10,00-20,00		
Anteil am Kundenkreditvolumen in %	88,1	5,2	1,8	2,9	2,0
Zum Vergleich: 31.12.11	87,3	5,4	2,2	3,4	1,7

Das Kundenkreditvolumen nach Geschäftsfeldern verteilt sich zum Jahresende 2012 wie folgt:



Zur Früherkennung von Kreditrisiken auf Einzelkundenebene wird auf Basis unterschiedlicher Risikokriterien ein Frühwarnverfahren eingesetzt. Für die dort ermittelten erhöht risikobehafteten Engagements werden individuelle Maßnahmen zur Verringerung des Risikos eingeleitet und zentral überwacht.

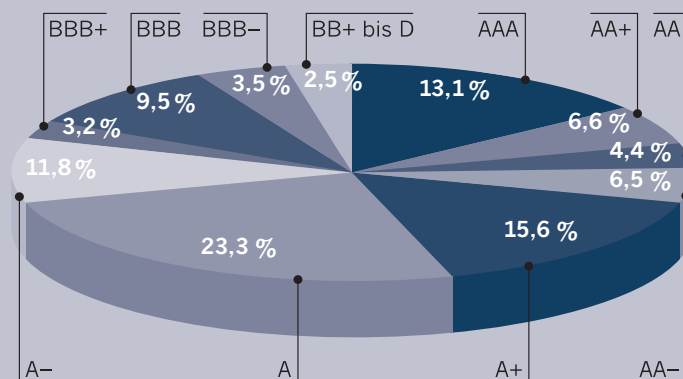
Prognosen zur Einzelrisikovorsorge für akute Ausfallrisiken werden monatlich erstellt. Stark problembehaftete Engagements werden ab einer bestimmten Größenordnung im Zentralbereich Kreditmanagement betreut.

Zur Steuerung der ökonomischen Kreditrisiken im Kundenkreditgeschäft auf Portfolioebene haben wir das Kreditrisikomodell CPV im Einsatz. Anhand dieses Modells sind wir in der Lage, sowohl erwartete als auch unerwartete Verluste im Kreditgeschäft zu errechnen. Für den GuV-Steuerungskreis wird ein Pauschalbetrag als Risikowert festgelegt, welcher auf historischen Bewertungsergebnissen basiert und regelmäßig mithilfe des CPV-Periodikmoduls plausibilisiert wird.

Die Risikoabschirmung im risikobehafteten Kundenkreditgeschäft der Naspas umfasst Einzelwertberichtigungen und Einzelrückstellungen von rund 152 Mio. EUR = rund 1,7 % (Vorjahr: 176 Mio. EUR = 1,8 %) des bilanziellen Kundenkreditvolumens einschließlich Eventualverbindlichkeiten. Hiervon entfielen rund drei Viertel auf Firmenkunden und rund ein Viertel auf Privatkunden. Die Netto-Zuführungen zur Risikovorsorge im Firmenkundenbereich verringerten sich um rund 1,7 Mio. EUR. Im Privatkundenbereich kam es im Berichtsjahr zu einer Reduzierung um rund 4,6 Mio. EUR. Den erkennbaren Risiken wird ausreichend Rechnung getragen.

Die Adressrisiken im Handelsgeschäft werden unter anderem auf Basis externer Ratings gesteuert und auf Portfolioebene überwacht. Für die Portfolioüberwachung wird sowohl für den ökonomischen Steuerungskreis als auch für den GuV-Steuerungskreis ein CreditMetrics-Ansatz mithilfe der Anwendung GCPM verwendet. Nach unseren internen Regelungen werden grundsätzlich nur Neuanlagen im Investment-Grade-Bereich getätigt.

Die Ratings (Standard & Poor's) der Handelsgeschäfte von rund 3,9 Mrd. EUR verteilen sich wie folgt:



Die **Länderrisiken** werden nach einem Länderrating gesteuert, das auf den Ratingsystemen von Moody's und Standard & Poor's basiert. Die Naspas tätigt grundsätzlich nur Geschäfte mit Kontrahenten bzw. Emittenten mit Sitz in einem Land, das mit mindestens A- beurteilt wurde. Geschäfte mit Partnern aus Ländern, die ein schlechteres Länderrating haben, sind grundsätzlich nicht zulässig. Aufgrund der gestiegenen Risikoprämien für die Finanzierung verschiedener Eurostaaten werden seit 2010 die Länderrisiken besonders überwacht. Im Verhältnis zum Gesamtvolumen bestehen keine nennenswerten Kredite in den sogenannten PIIGS-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien). Bei der Naspas bestehen Forderungen in Höhe von 113,2 Mio. EUR (davon 105,0 Mio. EUR Handelsgeschäfte; 8,2 Mio. EUR Kundenkredite einschließlich Kreditzusagen) an Kreditnehmer mit Sitz in den betreffenden Ländern. Der größte Anteil entfällt hierbei auf Kreditnehmer mit Sitz in Irland (90,9 %). Dabei entfällt der überwiegende Teil (100,0 Mio. EUR) auf ein Schuldscheindarlehen der irischen Tochter eines deutschen Konzerns. Auf die Kreditnehmer in Spanien entfallen 4,1 %, in Italien 4,8 % und in Griechenland 0,2 %. Kreditlinien für die PIIGS-Staaten bestehen nicht.

Vor dem Hintergrund der EU-Schuldenkrise wird das Restrisiko aus dem Verkauf der Naspas Dublin und der damit verbundenen Haftungsverpflichtung als wesentliches Risiko klassifiziert.

Marktpreisrisiken

Alle wesentlichen Aussagen zur Steuerung der Marktpreisrisiken sind in der Teilrisikostrategie Marktpreisrisiken festgelegt.

Zur **Messung** von Marktpreisrisiken setzen wir verschiedene Risikomessverfahren ein. Die Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften werden grundsätzlich mithilfe des Verfahrens der historischen Simulation ermittelt. Dabei wird ein Value-at-Risk-Ansatz angewandt, der auf einer einheitlichen Haltedauer von 10 Tagen und einem einseitigen Konfidenzintervall von 95 % in allen Handelsbereichen basiert. Zum 31. Dezember 2012 ermitteln sich auf dieser Grundlage Marktpreisrisiken von 12,4 Mio. EUR nach 18,5 Mio. EUR im Vorjahr (darunter Handelsbuch 59 TEUR; Vorjahr: 72 TEUR).

Die Quantifizierung von Spreadrisiken erfolgt für alle Steuerungskreise auf Basis analytischer Verfahren mithilfe der Anwendung GCPM. Die Ergebnisse werden in den jeweiligen Steuerungskreisen entsprechend berücksichtigt.

Zinsänderungsrisiken

Die Quantifizierung von Zinsänderungsrisiken erfolgt für die wertorientierte Sicht mithilfe des Verfahrens der historischen Simulation und für die periodische Sicht mithilfe von Szenarioanalysen. Für die wertorientierte Zinsbuchsteuerung verfolgen wir dabei für das gesamte zinstragende Geschäft – das auch die zur Steuerung der Festzinspositionen und zur Sicherung der Zinsmarge abgeschlossenen Payer- und Receiverswaps beinhaltet – einen passiven Managementansatz. Dazu haben wir eine effiziente Benchmark festgelegt, deren Cashflowstruktur und Risiko als Vorbild für die Modellierung des Gesamtbankcashflows dient.

Das GuV-wirksame Zinsänderungsrisiko (Zinsspannenrisiko) wird für die Naspa auf Basis monatlicher Szenarioanalysen gemessen. Ausgehend von dem Erwartungswert aus der Unternehmensplanung wird in einem ersten Schritt für den Risikofall die Zinsstruktur ermittelt, die in der gemeinsamen Betrachtung von Zinsüberschuss und zinsinduziertem Bewertungsergebnis für Wertpapiere den größten Risikowert ergibt. Im zweiten Schritt werden für den so ermittelten Risikofall die zusätzlichen Auswirkungen aus Veränderungen der Geschäftsstruktur (Wachstumsraten, Margenveränderungen, Inanspruchnahmen Impliziter Optionen) quantifiziert. Zum 31. Dezember 2012 betrug das so

ermittelte Zinsspannenrisiko auf Sicht von zwölf Monaten im 95 %-Konfidenzintervall 15,0 Mio. EUR. Dabei entfallen 11,5 Mio. EUR auf die Reduzierung des Zinsüberschusses (davon 4,0 Mio. EUR Zinsstruktur und 7,5 Mio. EUR Geschäftsstruktur) und 3,5 Mio. EUR auf das zinsinduzierte Bewertungsergebnis für Wertpapiere.

Die relative Barwertänderung im Verhältnis zu den haftenden Eigenmitteln beträgt per 31. Dezember 2012 –24,0 % bei einer Zinsänderung von +200 Basispunkten und +13,9 % bei einer Zinsänderung von –200 Basispunkten (§ 25a Abs. 1 S. 7 KWG „Zinsschock“). Die Entwicklung der Zinsschockkennzahl ist nicht unmaßgeblich auf die Marktzinsentwicklung zurückzuführen. Die aufsichtsrechtliche Würdigung unter Berücksichtigung einer Zinsänderung von +200 Basispunkten sowie der Eigenmittelanforderungen gem. SolvV zeigt, dass auch weiterhin ein ausreichender Eigenkapitalpuffer vorhanden ist.

Die **Steuerung der Risiken** aus dem Zinsbuch erfolgt primär unter wertorientierten Gesichtspunkten auf Basis eines passiven Managementansatzes. Das maximale Zinsänderungsrisiko für die Gesamtbank ergibt sich aus der strategischen Zinsbuch-Benchmark. Als maximale Risikoabweichung vom Benchmarkrisiko (Konfidenzniveau 95 %, Haltedauer drei Monate) wurden Risikolimits von $\pm 0,5$ Prozentpunkten festgelegt. Diese Risikolimits stellen somit eine Schwankungsbreite um den Benchmark-Risikowert dar, welcher aufgrund des passiven Managementansatzes üblicherweise nicht präzise erreicht wird. Als Nebenbedingung ist das maximale Zinsänderungsrisiko für die Gesamtbank auf das Limit für die unerwartete Zinsänderung gemäß § 25a Abs. 1 S. 7 i. V. m. § 24 Abs. 1 Nr. 14 KWG begrenzt. Der barwertige Verlust darf hier bei einer Ad-hoc-Zinsverschiebung um ± 200 Basispunkten maximal 20 % der Eigenmittel betragen. Abweichungen sind nur bei Freiräumen im aufsichtsrechtlichen Backtest zulässig. Zur operativen Steuerung bzw. Begrenzung der Risiken aus Handelsgeschäften dient aktuell ein System von Verlustobergrenzen und Volumenbegrenzungen (Kontingenten). Daneben sind für alle Marktpreisrisiken innerhalb des ökonomischen Steuerungskreises Limits sowie ein Gesamtbanklimit für Marktpreisrisiken abgeleitet, dessen Einhaltung regelmäßig überwacht wird.

Liquiditätsrisiken

Alle wesentlichen Aussagen zur Steuerung der Liquiditätsrisiken sind in der Teilrisikostategie Liquiditätsrisiken festgelegt. Die Ausgestaltung des Liquiditäts- und Risikomanagements erfolgt in drei Stufen:

Ausgestaltung	tägliche Liquiditätsdisposition	Liquiditätsbetrachtung auf Basis der Liquiditätsverordnung	Liquiditätsbetrachtung auf Basis der Liquiditätsablaufbilanz
Ausprägung	Liquiditätsrisiko im Sinne der Zahlungsunfähigkeit	Liquiditätsrisiko im Sinne der Zahlungsunfähigkeit	Liquiditätsrisiko im Sinne der Verteuerung der Refinanzierung
Zeithorizont	Täglich	1 Monat	Bis 15 Jahre
Risikotoleranz	Keine, das heißt, Zahlungsverpflichtungen sind täglich zu erfüllen	Schwellenwerte für Liquiditätskennzahl	Limit für barwertige Liquiditätsrisikokosten
Einfluss auf die Risikotragfähigkeit	Nein	Nein	Ja
Früherkennung von Liquiditätsrisiken	Ungewöhnliche Zahlungsausgänge und/oder eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten	Liquiditätskennzahl im Zeitvergleich	Möglicher künftiger Liquiditätsbedarf

Primäres Ziel der **täglichen Liquiditätsdisposition** ist, dass die Naspa ihre Zahlungsverpflichtungen zu jedem Zeitpunkt erfüllen kann. Weist die tägliche Liquiditätsdisposition eine ungewöhnliche Entwicklung auf (zum Beispiel vermehrte Inanspruchnahme eines Übernachtskredits bei der EZB, Abruf von Kundeneinlagen, Anstieg der Inanspruchnahme von Darlehenszusagen durch Kunden), wird unter anderem der Gesamtvorstand im Rahmen eines Ad-hoc-Berichts unverzüglich informiert. Somit ist sichergestellt, dass Störungen frühzeitig erkannt werden und ggf. Gegensteuerungsmaßnahmen getroffen werden (Früherkennungsverfahren).

Liquiditätsbetrachtung auf Basis der Liquiditätsverordnung: Für die **Messung** und **Steuerung** der Liquiditätsrisiken orientiert sich die Naspa unter anderem an der Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung (LiqV). Dafür werden Schwellenwerte und Ziele definiert. Die Schwellenwerte führen zu einer internen Einstufung des Liquiditätsrisikos in einen grünen, gelben oder roten Bereich.

Ziel ist es, dass sich die Liquiditätskennzahl für die Naspa im grünen Bereich befindet. Wird eine Liquiditätskennzahl im gelben oder im roten Bereich ermittelt, müssen die Ursachen analysiert werden, die zu dem Engpass geführt haben. Im roten Bereich sind unverzüglich Maßnahmen zur Liquiditätsbeschaffung einzuleiten und ein Ad-hoc Risikobericht zu erstellen.

Die Kennziffer, die das Verhältnis zwischen den verfügbaren Zahlungsmitteln und den Zahlungsverpflichtungen in einem Fälligkeitszeitraum von einem Tag bis zu einem Monat angibt, stellte sich bei einer Mindestanforderung von 1,0 zum Quartalsende gemäß der Meldung an die Deutsche Bundesbank wie folgt dar:

Liquiditätskennziffer gemäß Meldung nach LiqV				
31.12.2011	31.03.2012	30.06.2012	30.09.2012	31.12.2012
2,09	1,82	1,97	2,22	2,09

Aus den Liquiditätskennziffern geht hervor, dass die Liquidität der Naspa gegeben ist. Den Zahlungsverpflichtungen konnte zu jeder Zeit nachgekommen werden. Mit der Emission von Pfandbriefen wurde zudem ein weiteres Instrumentarium zur günstigen Refinanzierung und damit zur Sicherstellung der Liquidität implementiert. Aufgrund der langen Laufzeiten (10 bzw. 15 Jahre) eignet sich dieses Instrument insbesondere zur langfristigen Liquiditätssicherung.

Darüber hinaus beabsichtigt die Naspa sich frühzeitig auf die Erfüllung der neuen Anforderungen an die Liquidität gemäß der Baseler Rahmenvereinbarung (Basel III) vorzubereiten. Bei der Wiederanlage von Fälligkeiten werden daher die (aktuell bekannten) Kriterien der hochliquiden Aktiva der Liquidity Coverage Ratio (LCR) berücksichtigt. Damit soll die Liquiditätsausstattung der Naspa frühzeitig auf die neuen Anforderungen ausgerichtet werden.

Liquiditätsbetrachtung auf Basis der Liquiditätsablaufbilanz: Grundlage zur Berechnung der barwertigen Liquiditätsrisikokosten ist die Liquiditätsablaufbilanz der Naspa. Auf Basis dieser wird eine Verteuerung der Refinanzierung über alle Laufzeiten unterstellt und daraus (zusätzliche) barwertige Liquiditätsrisikokosten ermittelt. Das barwertige Liquiditätskostenrisiko stellt die Zusatzkosten dar, die nach Anstieg der Liquiditätsspreads für das Schließen bestehender Refinanzierungslücken entstehen. Diese sind dabei die auf Basis des Bestandsgeschäftes ermittelten kumulierten Netto-Refinanzierungslücken.

Zusätzlich gehen die periodischen Liquiditätsrisikokosten als Risikobetrag in die Berechnung der GuV-Risikotragfähigkeit ein. Das periodische Liquiditätsrisiko ist definiert als die im aktuellen Geschäftsjahr noch entstehenden, GuV-wirksamen Zusatzkosten bei Schließen der bestehenden Refinanzierungslücken zu erhöhten Refinanzierungsspreads.

Operationelle Risiken

Alle wesentlichen Aussagen zur Steuerung der Operationellen Risiken sind in der Teilrisikostategie Operationelle Risiken festgelegt. Für die **Bewertung** der Operationellen Risiken werden die Daten aus der Schadensfalldatenbank (Ex-post-Schäden) sowie die geschätzten Daten aus der Risikolandkarte (Ex-ante-Risiken) verglichen. Zusätzlich werden die institutseigenen Daten mit den Daten aus dem Datenpooling der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH verglichen, um ggf. Risikokonzentrationen in bestimmten Geschäftsfeldern zu identifizieren.

Auf Basis der erkannten und bewerteten Risiken erfolgt die **Risiko-steuerung**. Die Verantwortung hierfür liegt grundsätzlich bei den zentralen und dezentralen Organisationseinheiten. Die Risikosteuerung umfasst Maßnahmen zur Akzeptanz, zur Minderung, zum Transfer sowie zur Vermeidung von Operationellen Risiken.

Zur Vermeidung Operationeller Risiken hat die Naspa unter anderem im Rahmen des internen Kontrollsystems aufbau- und ablauforganisatorische Regelungen zur technisch-organisatorischen sowie personellen Ausstattung getroffen und Notfallkonzepte erstellt. Umfang und Qualität der technisch-organisatorischen Ausstattung haben sich an den betriebsinternen Erfordernissen, den Geschäftsaktivitäten sowie der Risikosituation der Naspa zu orientieren.

Zunehmend ermöglicht die IT, Arbeitsabläufe effizienter zu gestalten. Dem gegenüber stehen jedoch auch Risiken, wie die Abhängigkeiten von IT-Anwendungen und IT-Infrastrukturen oder die Risiken bei Einführung neuer IT-Systeme bzw. bei DV-Restrukturierungsmaßnahmen. Um diese Risiken zu vermeiden, wurde innerhalb der Naspa eine entsprechende IT-Strategie verabschiedet.

Zur Sicherstellung der personellen Ausstattung gelten personalpolitische Grundsätze, die unter anderem zum Ziel haben, die quantitative und qualitative Personalausstattung betriebsinternen Erfordernissen, den verfolgten Geschäftsaktivitäten und der Risikosituation entsprechend auszurichten. Für Mitarbeiter, deren Stellung dies erfordert, sind Regelungen für den Vertretungsfall getroffen, die eine reibungslose Fortführung der Betriebsabläufe garantieren. Die Vergütungs- und Anreizsysteme der Naspa werden an den in der Geschäfts- und der Risikostrategie niedergelegten Zielsetzungen ausgerichtet. Auf Basis einer Risikoanalyse wurde entschieden, dass die Naspa im Sinne der Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten kein „bedeutendes“ Institut darstellt.

Potenziellen Notfällen bei zeitkritischen Aktivitäten und Prozessen wird mit einem Notfallkonzept Rechnung getragen. Dessen Wirksamkeit und Angemessenheit wird regelmäßig durch Notfalltests überprüft.

Das Notfallhandbuch ist ein zentraler Bestandteil der Konzepte der Naspa zur IT-Sicherheit. Die Wirksamkeit und Funktion aller Notfallvorsorgemaßnahmen und Notfallpläne wird in einem jährlichen Turnus in Form von Notfallübungen überprüft, die zusätzlich dokumentiert werden und darüber hinaus turnusmäßig einer Prüfung durch die IT-Revision unterzogen werden.

Auch in der Gesamtbanksteuerung werden Operationelle Risiken bei der Betrachtung der Risikotragfähigkeit sowohl im GuV- als auch im ökonomischen Steuerungskreis berücksichtigt. Zur Quantifizierung von Operationellen Risiken werden ein Value-at-Risk (OpVaR) sowie ein Expected Loss (EL) nach dem fortgeschrittenen Messansatz berechnet. Die Basis dafür bilden interne und externe Verlustdaten sowie Szenarien.

Vertriebsrisiken

Vertriebsrisiken werden ebenfalls als wesentliche Risiken innerhalb der Naspa definiert. Die Wesentlichkeit dieser Risikoart liegt in dem Ergebnisbeitrag des Vertriebs begründet, der durch die Aufgaben der Naspa determiniert wird.

Der Vertrieb und die damit einhergehenden Vertriebsrisiken sind Gegenstand der Geschäftsstrategie. Für die Vertriebsrisiken wird daher auf die Erstellung einer eigenen Teilrisikostrategie verzichtet. Die Verantwortlichkeiten in Anlehnung an die einzelnen Risikosteuerungs- und Controllingprozesse sind in den Regelungen zur Aufbau- und Ablauforganisation verankert.

Vertriebsrisiken werden bei der Risikotragfähigkeit in den jeweiligen GuV-Posten bzw. durch pauschale Puffer berücksichtigt.

Für die operative Steuerung der Vertriebsrisiken sind zwei Zentralbereiche getrennt nach Firmen- und Privatkunden verantwortlich. Ihre Aufgabe ist die Analyse der Vertriebsergebnisse und ggf. die Vereinbarung von Maßnahmen zur Angleichung an die Ziele sowie deren Kontrolle.

Dem Vorstand wird im monatlichen Turnus anhand eines Soll-Ist-Abgleichs über die Geschäftsentwicklung, die unter anderem Ergebnisprognose, Bestandsentwicklung und Absatzzahlen (Neugeschäft) beinhaltet, berichtet.

Strategische Risiken

Strategische Risiken bezeichnen die Gefahr von Verlusten aus Entscheidungen zur grundsätzlichen Ausrichtung und Entwicklung der Geschäftstätigkeit der Sparkasse.

Strategische Risiken werden in anderen Risikoarten (zum Beispiel Adressrisiken, Marktpreisrisiken) mittelbar identifiziert und beeinflussen u. U. die Risikoneigung des Vorstandes und damit die Höhe des Risikopuffers bzw. die Bereitschaft, Risikodeckungspotenzial für das Eingehen von Risiken bereitzustellen. Durch eine intensive Vorbereitung und Diskussion strategischer Entscheidungen wird damit verbundenen Risiken Rechnung getragen. Eine regelmäßige Kontrolle der Umsetzung der Geschäftsstrategie stellt sicher, dass diese Strategie in der Organisation und der operativen Geschäftstätigkeit verankert ist.

Risiken der Gesamtbank

Alle wesentlichen Risiken werden sowohl im ökonomischen als auch im GuV- und im aufsichtsrechtlichen Steuerungskreis zu einem Gesamtbankrisiko aggregiert. Zentrale interne Steuerungsgröße ist dabei das ökonomische Risikodeckungspotenzial, das die innerhalb eines Jahres aggregierten, unerwarteten Verluste (Risikopotenzial) mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % (Konfidenzniveau) abdeckt. Die Bewertung der Risiken erfolgt methodisch konsistent auf Basis eines Value-at-Risk-Ansatzes.

Die GuV-Risiken werden je GuV-Posten als negative Abweichung von den Ergebniskomponenten der Planung gemessen. Dabei haben wir nach Möglichkeit entsprechende Modelle mit einem Konfidenzniveau von 95 % zugrunde gelegt bzw. sonstige analytische Verfahren zur Quantifizierung verwendet. Für GuV-Positionen, bei denen kein analytisches Quantifizierungsverfahren zur Ermittlung der Risiken zur Verfügung steht, erfolgt eine qualifizierte Expertenschätzung. Die Addition der GuV-Risiken aller Ergebniskomponenten ergibt das Gesamtbankrisiko. Aufgrund des Vorsichtsprinzips und nicht exakt bestimmbarer Wechselwirkungen werden Diversifikationseffekte zwischen den Risiken nicht berücksichtigt. Die GuV-Risikotragfähigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr verbessert. Dies resultiert zum einen aus der Zuführung zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) sowie der Stärkung der Sicherheitsrücklage und zum anderen aus einem gesunkenen Risiko. Das nach dem derzeitigen Verfahren bereitgestellte Risikodeckungspotenzial ist mit 67 % ausgelastet. Für die Risiken im aufsichtsrechtlichen Steuerungskreis wird von den GuV-Risiken der Plangewinn subtrahiert, da im Falle eines Risikoeintritts das aufsichtsrechtliche Risikodeckungspotenzial erst dann in Anspruch genommen wird, wenn der Plangewinn aufgebraucht ist.

Für die Zins- und Tilgungsansprüche der Pfandbriefinvestoren aus den Pfandbriefemissionen steht eine über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehende Deckungsmasse zur Verfügung. Besonderes Augenmerk wird auf die im Deckungsstock bestehenden Risiken gerichtet. Dies geschieht überwiegend durch die im Rahmen des Risikomanagementprozesses bereits etablierten Instrumentarien zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Risiken. Darüber hinaus ist durch die Überdeckung und durch die Möglichkeit, nicht mehr deckungsfähige Realkredite durch deckungsfähige auszutauschen, auszuschließen, dass der den Pfandbriefemissionen zugrunde liegende Deckungsstock insgesamt notleidend wird.

Die Einbeziehung der Tochtergesellschaften in den Risikomanagementprozess erfolgt unter dem Gesichtspunkt der Wesentlichkeit der Risiken in den einzelnen Tochtergesellschaften in einer abgestuften Systematik. Ungeachtet der Einbindung der Unternehmen in den Risikomanagementprozess der Naspa sind von den Tochtergesellschaften die gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben für das Risikomanagement zu beachten.

Prognosebericht

Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung wesentlich abweichen. Für diesen Fall verfügt die Naspa über geeignete Instrumente und Prozesse, um die Abweichungen von den Erwartungen zeitnah zu erkennen, zu analysieren und ggf. steuernd einzugreifen.

Die Prognosen der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die konjunkturelle Entwicklung besagen, dass sich weite Teile des Euroraums im Jahr 2013 in einer Rezession befinden. Für Deutschland erwarten wir trotz negativer Entwicklung im Schlussquartal 2012 insgesamt ein leichtes Wachstum des Bruttoinlandsproduktes.

Finanzinstitute haben im aktuellen Umfeld eine Vielzahl regulatorischer Änderungen umzusetzen. Kurz- bis mittelfristig sind hierbei die Auswirkungen der Umsetzung der neuen Baseler Rahmenvereinbarung (Basel III) in europäisches und deutsches Recht von besonderer Bedeutung. Im Einzelnen geht es um die Stärkung der Qualität und Quantität des bankaufsichtlichen Eigenkapitals, einen globalen Liquiditätsstandard sowie die Einführung einer Verschuldungsobergrenze. Die Details und der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Regelungen sollen Ergebnis der laufenden Trilogverhandlungen auf Ebene der Europäischen Union im Jahr 2013 sein (sog. CRD IV-Paket). Die voraussichtlichen Auswirkungen für die Naspa werden regelmäßig analysiert und bewertet. Demnach werden wir unter Zugrundelegung der prognostizierten Ergebnisentwicklung die neuen Anforderungen erfüllen. Für den Fall einer ungünstigeren Ergebnisentwicklung sind potenzielle Gegensteuerungsmaßnahmen definiert.

Für das Jahr 2013 gehen wir von einem unveränderten Zinsniveau aus. Die leichte Ausweitung des Strukturbeitrags resultiert aus den im Jahr 2012 umgesetzten Maßnahmen, die die Zinsergebnisse der Folgejahre nachhaltig stärken und für 2013 leicht unterhalb des Vorjahresniveaus stabilisieren. Bei den Eigenanlagen werden wir Fälligkeiten nicht prolongieren, sondern zum Abbau von entsprechenden Refinanzierungsmitteln verwenden. Für das Jahr 2013 rechnen wir im Kundengeschäft der Aktiv- und Passivseite sowie im Provisionsgeschäft mit einem moderaten Wachstum.

Die Verwaltungsaufwendungen werden sich insgesamt gegenüber dem Vorjahr erhöhen. Der Anstieg resultiert insbesondere aus strategischen Maßnahmen, wie zum Beispiel der Auslagerung des Marktservice Passiv, der Neuausrichtung der Marktfolge Aktiv sowie dem Projekt Naspa IT 2015. Diese Maßnahmen sind für die Erreichung des Unternehmensziels zur konsequenten Ausrichtung als Vertriebsparkasse notwendig und werden mittelfristig dazu beitragen, die Kostendynamik zu begrenzen. Die sonstigen Aufwendungen werden zinsbedingt zunehmen.

Der Bewertungsaufwand im Kundenkreditgeschäft wird nach unseren Erwartungen höher als im abgelaufenen Geschäftsjahr ausfallen. Gründe hierfür liegen in einem historisch niedrigen Bewertungsergebnis im Jahr 2012 und den zu erwartenden leichten Konjunkturertrübungen. Durch die andauernden Unsicherheiten an den Geld- und Finanzmärkten gehen wir auch von einem Anstieg des Bewertungsaufwands im Wertpapiergeschäft aus. Insgesamt rechnen wir daher für das Geschäftsjahr 2013 mit einem Rückgang des Betriebsergebnisses vor und nach Bewertung und einem leicht rückläufigen Jahresüberschuss.

Für das Geschäftsjahr 2014 bestehen aus heutiger Sicht erhebliche Unsicherheitsfaktoren. Der Zinsüberschuss wird infolge der weiterhin erwarteten Niedrigzinsphase zurückgehen. Der Provisionsüberschuss wird moderat zulegen. Auf die Verwaltungsaufwendungen werden wir ein besonderes Augenmerk legen. Die sonstigen Aufwendungen werden zinsbedingt zunehmen und der Jahresüberschuss wird unter diesen Rahmenbedingungen voraussichtlich noch einmal leicht sinken.

Gesamtaussage

Zusammenfassend sehen wir die Chancen in den Jahren 2013 und 2014 in der konsequenten Fortsetzung des qualitätssteigernden ganzheitlichen Beratungsansatzes für alle Segmente in unseren Kundengeschäftsfeldern.

Sollte es zu einer nachhaltigen Stabilisierung der Geld- und Finanzmärkte sowie einer Erhöhung des Zinsniveaus kommen, besteht die Chance für einen Anstieg der Zins- und Provisionserträge bei einem korrespondierenden Risiko steigender Bewertungsaufwendungen im Wertpapiergeschäft. Risiken beim Dienstleistungsergebnis sehen wir insbesondere in einem härter werdenden Preiswettbewerb, zum Beispiel im Bereich der Dienstleistungs- und Kontoführungsgebühren und der zunehmenden Digitalisierung des Bankgeschäftes.

Die aus der Umstellung der Bilanzierungsvorschriften für Pensionsverpflichtungen nach dem BilMoG resultierenden Belastungen werden wir in den kommenden Jahren weiter reduzieren. Aufgrund der aktuellen Zinsentwicklung rechnen wir hier jedoch mit zusätzlichen Belastungen, die wir in den Planungsrechnungen berücksichtigen. Bei den Verwaltungsaufwendungen erwarten wir – trotz der tarif- und preisbedingten Belastungen und der Umsetzung von strategischen Maßnahmen – nur moderate Erhöhungen. In Anbetracht der sich verschärfenden Wettbewerbslage werden wir unverändert ein besonderes Augenmerk auf die Begrenzung unserer Aufwendungen richten.

Wesentliche Risiken für die künftige Geschäfts- und Ertragsentwicklung sehen wir auch in der konjunkturellen Entwicklung und in nicht vorhersehbaren Risiken im Zusammenhang mit den Haushaltssituationen bestimmter Eurostaaten. Risiken bestehen bei einer – entgegen unseren Erwartungen – weiteren gravierenden Veränderung der rechtlichen bzw. aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit Basel III und möglichen sonstigen regulatorischen Anforderungen.

Eine erhebliche Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen würde auch wesentliche Auswirkungen auf die Einzelrisikovorlage für Ausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft haben.

Hinsichtlich des Zinsniveaus ergeben sich dann erhebliche Nachteile für die Sparkasse, wenn die Zinsen bei den kurzen Laufzeiten deutlich stärker steigen als im mittel- und langfristigen Bereich und sich somit die Zinsstrukturkurve entgegen unseren Einschätzungen noch weiter verflachen würde. Demgegenüber wäre eine steilere Zinsstrukturkurve von Vorteil für die Sparkasse.

Bericht des Verwaltungsrates

Im Berichtsjahr fanden wiederum sechs Sitzungen des Verwaltungsrates statt, in denen wir uns durch schriftliche und mündliche Berichte des Vorstandes regelmäßig, umfassend und zeitnah über die aktuelle Geschäfts-, Ertrags-, Liquiditäts- und Risikolage sowie die Eigenkapitalsituation des Hauses – nebst Ausblick – informierten, die Berichterstattung mit dem Vorstand erörterten und Empfehlungen abgaben. Der Jahresabschluss 2012 wurde von uns in der Sitzung am 9. April 2013 behandelt und festgestellt.

Ferner haben wir mit dem Vorstand folgende Schwerpunktthemen behandelt und, soweit erforderlich, entsprechende Beschlüsse gefasst:

- Geschäfts- sowie Risikostrategie einschließlich der Teilrisikostراتيجien 2012
- Planungen 2012
 - Detailplanung
 - Planung auf Geschäftsfeldebene
 - Mittelfristplanung
- Aktuelle Entwicklungen der Naspas Dublin vor dem Hintergrund des öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen
- Aktuelle Entwicklung an den Finanzmärkten in Europa und den USA mit besonderem Blick auf deren Auswirkungen auf die Ertrags- und Liquiditätsperspektiven der Naspas
- Regelmäßige Informationen zu aktuellen Entwicklungen im regulatorischen Umfeld
- Regelmäßige Berichterstattung über die Tätigkeit der Revision
- Jahresbericht 2011 des Compliance-Beauftragten

Die strikte Einhaltung der Grundsätze einer guten Unternehmensführung ist für die Nassauische Sparkasse seit langem integraler Bestandteil der Unternehmensphilosophie. Die hierzu existierenden vielfältigen Regelungen und Vereinbarungen, die teilweise über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehen, wurden im Berichtsjahr zu einem verbindlichen Corporate-Governance-Kodex für das Institut zusammengefasst. Er verkörpert den Anspruch auf eine verantwortliche, transparente und am langfristigen Erfolg ausgerichtete Führung und Überwachung des Unternehmens.

Nach dem Erfolg des „Naspas-Jahres der Nachhaltigkeit 2012“ in den Bereichen Ökonomie, Ökologie und Soziales unterstützt der Verwaltungsrat ausdrücklich Vorstand sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, an diesen Themen auch 2013 konsequent weiter zu arbeiten, dies in der Geschäftsstrategie zu verankern und umzusetzen. Als einen Beitrag des Verwaltungsrates hierzu sehen wir die Umstellung unserer Vorlagendokumentation. Wir werden mittelfristig

auf gedruckte Exemplare verzichten und nur noch elektronisch zur Verfügung gestellte Sitzungsunterlagen verwenden.

Der Verwaltungsrat war in alle Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung für das Institut einbezogen und hat, soweit erforderlich, nach eingehender Beratung und Prüfung seine Zustimmung erteilt. Wir haben den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens beraten und die Ordnungsmäßigkeit seiner Geschäftsführung überwacht.

In den Sitzungen der zuständigen Ausschüsse des Verwaltungsrates wurden die bedeutenden Themen des abgelaufenen Geschäftsjahres separat vertieft. Über wesentliche Beschlüsse und Beratungsgegenstände aus diesen Ausschüssen hat der jeweilige Ausschussvorsitzende in den Verwaltungsratssitzungen zeitnah informiert. Des Weiteren fanden regelmäßig Gespräche des Vorsitzenden des Verwaltungsrates mit dem Vorsitzenden des Vorstandes der Naspas statt, in denen über aktuelle operative Themen informiert und strategische Überlegungen vorbereitend erörtert wurden.

Über Themenbereiche, die für das Aufsichtsorgan eines Kreditinstituts von besonderer Bedeutung sind, wurden wir sowohl im Rahmen der regelmäßigen Sitzungen des Verwaltungsrates und seiner Ausschüsse als auch in drei eigens hierfür vorgesehenen Veranstaltungen informiert. Themenschwerpunkte waren:

- Basel III
- Stresstests bei Kreditinstituten
- Grundlagen der Steuerung banktypischer Risiken
- Systematik der Groß- und Millionenkredite
- Geschäftspolitische Ausrichtung in ausgewählten Segmenten

Darüber hinaus wurde den Verwaltungsratsmitgliedern im Jahr 2012 die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen für Verwaltungsratsmitglieder angeboten. Einzelne Mitglieder des Verwaltungsrates haben an diesen Veranstaltungen teilgenommen.

Die Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main und Erfurt, prüfte den aufgestellten Jahresabschluss per 31.12.2012 und erteilte den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk. Damit wurde testiert, dass Buchführung und Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht.

Die Abschlussunterlagen wurden allen Mitgliedern des Verwaltungsrates rechtzeitig zugesandt.

Der Abschlussprüfer hat an den heutigen Sitzungen des Bilanzausschusses und des Verwaltungsrates teilgenommen und über die Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Dabei wurde der Bericht des Abschlussprüfers in beiden Sitzungen ausführlich erörtert. Nach der abschließenden Prüfung durch den Bilanzausschuss und unserer eigenen Prüfung erheben wir keine Einwände gegen den Jahresabschluss.

In seiner heutigen Sitzung hat der Verwaltungsrat den Jahresabschluss 2012 der Naspa festgestellt, den Lagebericht gebilligt und den Vorstand entlastet.

Dem Vorschlag des Vorstandes, den Jahresüberschuss – der dem Bilanzgewinn entspricht – der Sicherheitsrücklage zuzuführen, schließen wir uns an.

Der Verwaltungsrat sowie die aus seiner Mitte bestellten Ausschüsse haben somit im Berichtsjahr die ihnen gemäß Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Wir danken dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Naspa für ihr Engagement, ihre Professionalität und ihre Verlässlichkeit im vergangenen Geschäftsjahr 2012.

Diesen Bericht des Verwaltungsrates zum Jahresabschluss 2012 hat der Verwaltungsrat in seiner heutigen Sitzung beschlossen.

Wiesbaden, 9. April 2013



Dr. Helmut Müller
Vorsitzender des Verwaltungsrates

Jahresabschluss

Jahresbilanz

zum 31. Dezember 2012

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

Aktivseite	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2012		
		31.12.2012	31.12.2011
	EUR	EUR	EUR
			TEUR
1. Barreserve			
a) Kassenbestand		95.751.406,16	95.552
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		100.118.408,64	127.095
		195.869.814,80	222.647
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind		-,-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig		98.143.640,55	41.230
b) andere Forderungen		1.652.623.667,40	1.851.911
		1.750.767.307,95	1.893.141
4. Forderungen an Kunden		8.166.202.921,45	7.997.072
darunter:			
durch Grundpfandrechte gesichert 3.332.820.756,59 EUR			(3.146.266)
Kommunalkredite 998.978.776,75 EUR			(912.820)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			
a) Geldmarktpapiere			
aa) von öffentlichen Emittenten -,-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank -,- EUR			(-)
ab) von anderen Emittenten 132.690.658,73			59.282
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 107.772.780,58 EUR		132.690.658,73	(34.686)
			59.282
b) Anleihen und Schuldverschreibungen			
ba) von öffentlichen Emittenten 461.421.340,74			353.670
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 461.421.340,74 EUR			(353.670)
bb) von anderen Emittenten 683.918.422,86			786.160
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 628.957.826,57 EUR		1.145.339.763,60	(741.141)
			1.139.830
c) eigene Schuldverschreibungen		-,-	9
Nennbetrag -,- EUR			(9)
		1.278.030.422,33	1.199.121
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		123.294.777,53	133.637
darunter:			
eigene Genussrechte -,- EUR			(-)
Nennbetrag -,- EUR			(-)
6a. Handelsbestand		-,-	64
7. Beteiligungen		108.227.054,68	115.380
darunter:			
an Kreditinstituten 798.301,00 EUR			(1.341)
an Finanzdienstleistungsinstituten 5.570.827,10 EUR			(4.691)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen		30.034.862,97	39.035
darunter:			
an Kreditinstituten -,- EUR			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten -,- EUR			(-)
9. Treuhandvermögen		283.073,21	318
darunter:			
Treuhandkredite 283.073,21 EUR			(318)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch		-,-	-
11. Immaterielle Anlagewerte			
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-,-	-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		2.422.076,04	3.952
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-,-	-
d) geleistete Anzahlungen		380.214,84	33
		2.802.290,88	3.985
12. Sachanlagen		99.106.545,26	105.302
13. Sonstige Vermögensgegenstände		34.546.094,40	26.654
14. Rechnungsabgrenzungsposten		2.821.885,97	3.038
15. Aktive latente Steuern		71.123.691,07	68.901
Summe der Aktiva		11.863.110.742,50	11.808.296

Passivseite		Jahresbilanz zum 31. Dezember 2012	
		31.12.2012	31.12.2011
	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
a) täglich fällig		182.297.672,59	195.593
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		2.526.458.553,01	2.499.387
		2.708.756.225,60	2.694.979
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
a) Spareinlagen			
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.819.010.865,62		1.866.570
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	262.398.063,22		360.195
		2.081.408.928,84	2.226.764
b) andere Verbindlichkeiten			
ba) täglich fällig	4.475.528.991,75		4.049.223
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	715.669.088,08		941.887
		5.191.198.079,83	4.991.110
		7.272.607.008,67	7.217.875
3. Verbriefte Verbindlichkeiten			
a) begebene Schuldverschreibungen		474.951.231,74	468.637
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		-,-	-
darunter:			
Geldmarktpapiere	-,- EUR		(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,- EUR		(-)
		474.951.231,74	468.637
3a. Handelsbestand		-,-	129
4. Treuhandverbindlichkeiten		283.073,21	318
darunter: Treuhandkredite	283.073,21 EUR		(318)
5. Sonstige Verbindlichkeiten		21.383.398,95	25.119
6. Rechnungsabgrenzungsposten		4.635.607,66	8.683
6a. Passive latente Steuern		-,-	-
7. Rückstellungen			
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		384.226.769,00	353.526
b) Steuerrückstellungen		17.649.365,95	34.498
c) andere Rückstellungen		66.263.593,72	67.061
		468.139.728,67	455.085
8. Sonderposten mit Rücklageanteil		-,-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten		40.685.900,42	89.643
10. Genussrechtskapital		52.500.000,00	62.500
darunter:			
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	40.500.000,00 EUR		(45.500)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken		16.441.760,00	10.042
darunter:			
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	41.760,00 EUR		(42)
12. Eigenkapital			
a) gezeichnetes Kapital		200.000.000,00	200.000
aa) Stammkapital	100.000.000,00		100.000
ab) Einlagen stiller Gesellschafter	100.000.000,00		100.000
b) Kapitalrücklage		-,-	-
c) Gewinnrücklagen			
ca) Sicherheitsrücklage	575.284.950,66		545.024
cb) andere Rücklagen	-,-		-
		575.284.950,66	545.024
d) Bilanzgewinn		27.441.856,92	30.261
		802.726.807,58	775.285
Summe der Passiva		11.863.110.742,50	11.808.296
1. Eventualverbindlichkeiten			
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		-,-	-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		1.028.252.272,29	1.885.493
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		-,-	-
		1.028.252.272,29	1.885.493
2. Andere Verpflichtungen			
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,-	-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-,-	-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		571.634.503,47	489.913
		571.634.503,47	489.913

Gewinn- und Verlustrechnung		für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012	
		1.1.-31.12.2012	1.1.-31.12.2011
	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	392.728.982,69		419.331
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	30.345.936,01		32.872
		423.074.918,70	452.202
2. Zinsaufwendungen		207.840.961,33	219.419
darunter:			
aus der Aufzinsung von Rückstellungen 596.743,04 EUR			(11)
		215.233.957,37	232.783
3. Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		3.164.000,79	2.004
b) Beteiligungen		5.470.826,01	4.644
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		2.069,36	1.037
		8.636.896,16	7.685
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			6.688
		5.872.600,39	
5. Provisionserträge		71.093.818,54	70.844
6. Provisionsaufwendungen		4.950.968,64	4.388
		66.142.849,90	66.456
7. Nettoaufwand (Vorjahr: Nettoertrag) des Handelsbestands			372
darunter: Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	-,- EUR	-,-	(41)
8. Sonstige betriebliche Erträge			27.910
darunter:			
aus der Fremdwährungsumrechnung 653.669,44 EUR			(574)
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		-,-	-
		314.074.392,25	341.894
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter	97.829.947,73		99.282
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	31.551.723,95		28.976
darunter: für Altersversorgung 14.632.391,75 EUR		129.381.671,68	128.258 (12.433)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		74.348.820,12	72.630
		203.730.491,80	200.888
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			11.182
		11.543.282,25	
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			51.578
darunter:			
aus der Fremdwährungsumrechnung 7.123,15 EUR			(292)
aus der Aufzinsung von Rückstellungen 31.023.409,15 EUR			(24.108)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		-,-	-
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			1.988
		12.545.585,41	1.988
		12.545.585,41	
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			21.634
		7.523.978,06	21.634
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		-,-	-
		7.523.978,06	21.634
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			751
		1.582.193,39	
18. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			9.000
		6.400.000,00	
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			48.850
		55.336.211,93	

		1.1.–31.12.2012	1.1.–31.12.2011
	EUR	EUR	TEUR
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit (Übertrag)		55.336.211,93	48.850
20. Außerordentliche Erträge		-,-	-
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	-,- EUR		(-)
21. Außerordentliche Aufwendungen	7.280.446,00		7.280
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	7.280.446,00 EUR		(7.280)
22. Negatives außerordentliches Ergebnis		7.280.446,00	7.280
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	20.245.039,02		10.942
darunter: Veränderung der Steuerabgrenzung nach § 274 HGB	2.222.396,64 EUR		(13.074)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	368.869,99		366
		20.613.909,01	11.308
25. Jahresüberschuss		27.441.856,92	30.261
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr		-,-	-
		27.441.856,92	30.261
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
a) aus der Sicherheitsrücklage	-,-		-
b) aus anderen Rücklagen	-,-		-
		-,-	-
		27.441.856,92	30.261
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die Sicherheitsrücklage	-,-		-
b) in andere Rücklagen	-,-		-
		-,-	-
29. Bilanzgewinn		27.441.856,92	30.261

Anhang der Nassauischen Sparkasse

zum 31. Dezember 2012

Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Nassauischen Sparkasse zum 31. Dezember 2012 wurde nach den geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) sowie des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) aufgestellt. Der Jahresabschluss wird beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers eingereicht.

A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sind zum Nennwert bilanziert. Unterschiedsbeträge zwischen Auszahlungs- und Nennbetrag werden als Rechnungsabgrenzung ausgewiesen und auf die Laufzeit bzw. Festzinsbindungsdauer verteilt.

Von einer Vereinnahmung von Zinserträgen wird – ungeachtet des Rechtsanspruchs – dann abgesehen, wenn mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eine Realisierung der Zinserträge nicht zu erwarten ist.

Erforderliche Wertberichtigungen werden vom Forderungsbestand abgesetzt. Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle akuten und latenten Ausfallrisiken. Den latenten Ausfallrisiken wird in Form von Pauschalwertberichtigungen, die entsprechend den Vorgaben der Finanzverwaltung ermittelt werden, Rechnung getragen. Für die bei Kreditinstituten bestehenden besonderen Risiken bestehen zudem versteuerte Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB und der Fonds für allgemeine Bankrisiken i. S. v. § 340g HGB. Das Wahlrecht gemäß § 340f Abs. 3 HGB wurde in Anspruch genommen.

Wertpapiere

Den Wertpapierbestand unterteilen wir gemäß den handelsrechtlichen Bestimmungen nach der jeweiligen Zweckbestimmung in Anlagebestand, Liquiditätsreserve und Handelsbestand.

Die Wertpapiere des Anlagebestandes und der Liquiditätsreserve werden grundsätzlich zu den Anschaffungskosten bzw. niedrigeren Kurswerten oder beizulegenden Werten am Bilanzstichtag bewertet

(strenges Niederstwertprinzip). Im Vorjahr hatten wir bei Wertpapieren, die dem Anlagevermögen zugeordnet waren, grundsätzlich eine Abschreibung auf den niedrigeren Zeitwert nur dann vorgenommen, sofern eine dauernde Wertminderung vorlag (gemildertes Niederstwertprinzip). Durch die geänderte Ausübung des Wahlrechts ergaben sich zusätzliche Abschreibungen von rd. 1,0 Mio. EUR.

Wir haben unsere Wertpapiere (Direktanlagen) daraufhin untersucht, ob am Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder ob der Markt als inaktiv anzusehen ist. Dabei haben wir grundsätzlich auch die Marktverhältnisse in zeitlicher Nähe zum Bilanzstichtag einbezogen. Wesentliche Bestimmungsfaktoren, ob ein Markt als aktiv oder inaktiv angesehen wurde, waren zum einen die Entwicklung der Geld-/Brief-Spannen und zum anderen die beobachtbaren Umsätze.

Nach unserer Einschätzung liegen bis auf wenige Ausnahmen für die Wertpapiere aktive Märkte vor. Zur Bewertung haben wir Börsenpreise oder sonstige Marktpreise herangezogen. Bei einzelnen Wertpapieren erfolgte die Bewertung anhand berechneter Kurse. Die angesetzten Kurse haben wir zusätzlich anhand verschiedener Kursquellen auf Plausibilität geprüft.

Die Anteile an Wertpapier-Spezialfonds und Publikumsfonds haben wir auf Basis der investmentrechtlichen Rücknahmepreise bewertet.

Auf Wertpapiere, bei denen Leistungsstörungen bestehen, haben wir Abschreibungen auf den unter vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung zu erwartenden Rückzahlungswert vorgenommen. In diesen Fällen wurde auch von einer Vereinnahmung von Zinserträgen – ungeachtet des Rechtsanspruchs – abgesehen.

Handelsbestand

Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben wir die institutsinternen Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand nicht geändert.

Finanzinstrumente, die dem Handelsbestand zuzuordnen sind, befanden sich am Bilanzstichtag nicht im Bestand.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen sind mit den Anschaffungskosten bzw. fortgeführten Buchwerten bilanziert; bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bewertet. Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Bei den Gebäuden erfolgen die planmäßigen Abschreibungen linear mit Abschreibungssätzen zwischen 2 % und 4 %. Mietereinbauten werden entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten 150 EUR nicht übersteigen, werden sofort als Sachaufwand erfasst. Bei Anschaffungskosten zwischen 150 EUR und 1.000 EUR werden die geringwertigen Wirtschaftsgüter in einen Sammelposten aufgenommen, der ab dem Jahr der Anschaffung jährlich in Höhe eines Fünftels abgeschrieben wird.

Aufgrund steuerrechtlicher Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen in früheren Geschäftsjahren, die gemäß Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB fortgeführt wurden, und der daraus resultierenden Beeinflussung des Steueraufwands liegt der ausgewiesene Jahresüberschuss um rd. 0,1 Mio. EUR über dem Betrag, der sonst auszuweisen gewesen wäre.

Wertaufholung

Soweit die Gründe für vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen bzw. für Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen nach § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB vorgenommen.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten wird in den Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst. Abgezinste Verbindlichkeiten werden mit ihrem Barwert angesetzt.

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen sind gemäß versicherungsmathematischen Grundsätzen nach der projizierten Einmalbeitragsmethode (Projected-Unit-Credit-Methode) ermittelt. Dabei wurden die Heubeck-Richttafeln 2005G und ein durchschnittlicher Marktzinssatz von 5,04 % bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren zugrunde gelegt. Hierbei haben wir den von der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelten Zinssatz verwendet. Darüber hinaus wurden im Wesentlichen folgende Parameter angewandt:

Rentendynamik	1,50 %
Tarifdynamik	1,75 %
Bezügedynamik (einschließlich Gehaltstrend)	2,25 %

Unter Anwendung der Übergangsregelung des Artikels 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB i. V. m. Artikel 67 Abs. 2 EGHGB erfolgt eine ratierliche Ansammlung der Rückstellungsbeträge für laufende Pensionen und Anwartschaften; zum 31. Dezember 2012 belaufen sich die in der Bilanz noch nicht ausgewiesenen Beträge auf 87,4 Mio. EUR (Vorjahr: 94,6 Mio. EUR).

Für laufende Pensionen oder Anwartschaften, bei denen die Pensionberechtigten einen Rechtsanspruch vor dem 1. Januar 1987 erworben haben, wurde für die Jahre 2008 und 2009 von dem

Wahlrecht gemäß Artikel 28 EGHGB Gebrauch gemacht und Pensionsrückstellungen im Umfang von rund 12,5 Mio. EUR (Vorjahr: 16,4 Mio. EUR) nicht gebildet.

Die übrigen Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt und – soweit deren Restlaufzeit mehr als ein Jahr beträgt – mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden und von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst. Bei der Ermittlung der im Zusammenhang mit der Rückstellungsbewertung entstehenden Aufwendungen und Erträge wird davon ausgegangen, dass eine Änderung des Abzinsungssatzes erst zum Ende der Periode eintritt. Entsprechendes gilt für eine Veränderung des Verpflichtungsumfanges.

Soweit es sich um bankspezifische Grundgeschäfte handelt, werden Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes oder der Restlaufzeit in dem GuV-Posten ausgewiesen, in dem auch die Aufwendungen zur Rückstellungsdotierung ausgewiesen werden. Andernfalls weisen wir diese Veränderungen in den GuV-Posten „Sonstige betriebliche Erträge“ oder „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ aus.

Im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs haben wir einen barwertorientierten Rückstellungstest durchgeführt und hierbei die Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW) RS BFA 3 berücksichtigt. Im ersten Schritt haben wir den Überschuss des Barwerts des Bankbuchs über den Buchwert des Bankbuchs ermittelt. Vom Ergebnis dieser Ermittlung haben wir die Verwaltungsaufwendungen und Risikokosten abgezogen, die bis zur vollständigen Abwicklung des Bestands des Bankbuchs erwartet werden. Nach unseren Ermittlungen hat sich kein Verpflichtungsüberschuss ergeben.

Eigenkapital

Die Einlagen stiller Gesellschafter in einer Gesamthöhe von 100,0 Mio. EUR sind befristet bis zum 31. Dezember 2032.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach § 256a HGB bzw. § 340h HGB. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB sehen wir als gegeben an, soweit eine Identität von Währung und Betrag der Gesamtposition je Währung vorliegt. Die Umrechnungsergebnisse aus Geschäften, die in die besondere Deckung einbezogen sind, werden saldiert je Währung in den Sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Bilanzposten und Posten der Gewinn- und Verlustrechnung, die auf ausländische Währung lauten, sowie schwebende Fremdwährungskasengeschäfte werden zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Schwebende Devisentermingeschäfte werden mit den entsprechenden Terminkursen umgerechnet. Dienen Devisentermingeschäfte der Absicherung von zinstragenden Bilanzpositionen, erfolgt die Bewertung des Termingeschäfts anhand des gespaltenen Terminkurses i. V. m. einer Reststellenanalyse. Umrechnungsdifferenzen aus Beständen außerhalb der besonderen Deckung werden grundsätzlich unter Berücksichtigung des § 256a HGB gebucht und in dem GuV-Posten ausgewiesen, in dem auch das übrige Bewertungsergebnis des entsprechenden Geschäfts ausgewiesen wird.

Latente Steuern

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen Handels- und Steuerbilanz werden für Unterschiede zwischen dem handelsrechtlichen Ergebnis und dem steuerlichen Gewinn, die sich in den folgenden Geschäftsjahren voraussichtlich ausgleichen, latente Steuern gebildet. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge werden nur bilanziert, wenn sie sich nach unserer Planung in der Zukunft durch zu versteuernde Gewinne ausgleichen.

Bei der Berechnung der latenten Steuern haben wir einen Körperschaftsteuersatz inkl. Solidaritätszuschlag von 15,83 % (Vorjahr: 15,83 %) zugrunde gelegt, für die Gewerbesteuer einen Steuersatz von 14,16 % (Vorjahr: 14,08 %).

Fristengliederung

Von der Erleichterungsregelung gemäß § 11 Satz 3 RechKredV haben wir Gebrauch gemacht.

B. Angaben zur Bilanz

Angaben und Erläuterungen zu den Bilanzposten erfolgen analog zum Ausweis in der Bilanz.

Aktiva		
	31.12.2012	31.12.2011
	TEUR	TEUR
Forderungen an Kreditinstitute		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	–
– Forderungen an verbundene Unternehmen	–	–
– Forderungen an die eigene Girozentrale	326.721	314.141
– Forderungen mit Nachrangabrede	9.712	13.531
Aufgliederung des Postens nach Restlaufzeiten:		
b) andere Forderungen		
bis drei Monate	541.771	660.145
mehr als drei Monate bis ein Jahr	711.106	640.551
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	375.697	513.704
mehr als fünf Jahre	–	3.468
Als unsere Girozentrale war die Landesbank Hessen-Thüringen tätig.		
Forderungen an Kunden		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	237.475	251.958
– Forderungen an verbundene Unternehmen	11.271	18.859
– Forderungen mit Nachrangabrede	–	933
Aufgliederung des Postens nach Restlaufzeiten:		
Forderungen an Kunden		
bis drei Monate	498.328	543.099
mehr als drei Monate bis ein Jahr	582.120	483.902
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.951.038	2.002.733
mehr als fünf Jahre	4.553.680	4.427.124
mit unbestimmter Laufzeit	568.435	527.252
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Von den in diesem Posten enthaltenen Wertpapieren sind:		
– Wertpapiere mit Nachrangabrede	–	9
– börsennotiert	1.089.011	1.088.249
– nicht börsennotiert	189.020	110.873
– wie Anlagevermögen bewertet	–	27.876
– bei anderen Kreditinstituten in Pension gegebene Wertpapiere	–	–
– im Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, fällig	220.565	173.750

Aktiva		
	31.12.2012	31.12.2011
	TEUR	TEUR
Aktien und andere nicht fe erzinliche Wertpapiere		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Wertpapiere mit Nachrangabrede	16.957	30.023
– wie Anlagevermögen bewertet	–	14.683
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
– börsennotiert	1.387	15.341
– nicht börsennotiert	121.908	118.296

Angaben zu Anteilen an Investmentvermögen

Die Naspas hält jeweils Anteile von mehr als 10 % an zwei Spezialfonds (Buchwerte: 99,4 Mio. EUR), die weit überwiegend in Rentenwerten investiert sind, sowie einem Dachfonds (Buchwert: 6,9 Mio. EUR). Die Marktwerte (Rücknahmepreise) entsprechen den Buchwerten. Die in 2012 erfolgten Ausschüttungen belaufen sich auf 3,2 Mio. EUR.

Finanzinstrumente des Handelsbestandes		
Von den in diesem Posten enthaltenen Finanzinstrumenten sind:		
– Derivate Finanzinstrumente in Fremdwährung	–	64
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen		
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
– börsennotiert	–	–
– nicht börsennotiert	988	1.531

Entwicklung der Finanzanlagen				
	Schuld- verschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Bilanzwert am 01.01.2012	201.867	30.023	115.380	39.035
Veränderung	–18.902	–13.066	–7.153	–9.000
Bilanzwert zum 31.12.2012	182.965	16.957	108.227	30.035
Bilanzwert Vorjahr	201.867	30.023	115.380	39.035

Aktiva		
	31.12.2012	31.12.2011
	TEUR	TEUR
Treuhandvermögen		
Die in diesem Posten enthaltenen Treuhandkredite in Höhe von bestehen ausschließlich aus Forderungen an Kunden.	283	318
Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		
Hiervon entfallen auf:		
– im Rahmen des Sparkassengeschäftes genutzte Grundstücke und Gebäude	66.832	73.120
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.370	13.117
Aktiva		
	Immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen
	TEUR	TEUR
Entwicklung		
Anschaffungskosten am 01.01.2012	20.021	343.592
Zugänge	916	7.044
Umbuchungen	25	-25
Abgänge	721	18.907
kumulierte Abschreibungen	17.439	232.597
Bilanzwert zum 31.12.2012	2.802	99.107
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	-	-
Abschreibungen des Geschäftsjahres	2.098	9.447
	31.12.2012	31.12.2011
	TEUR	TEUR
Rechnungsabgrenzungsposten		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Unterschied zwischen Ausgabe- und niedrigerem Rückzahlungsbetrag von Forderungen	401	604
– Unterschied zwischen Rückzahlungs- und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten	111	196
– sonstige Rechnungsabgrenzungen	2.309	2.238
Steuerforderungen aus latenten Steuern		
Die in diesem Posten enthaltenen aktiven latenten Steuern resultieren aus:		
– steuerlichen Verlustvorträgen	-	-
– Abweichungen zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen	71.124	68.901

Der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen in Höhe von 4,9 Mio. EUR, die überwiegend auf Beteiligungen entfallen, wird durch absehbare Steuerentlastungen in Höhe von 76,0 Mio. EUR überdeckt. Der Saldobetrag in Höhe von 71,1 Mio. EUR wird in den Jahresabschlussposten Aktive latente Steuern eingestellt.

Die zukünftigen Steuerentlastungen entfallen im Wesentlichen auf Ansatzunterschiede aufgrund unterschiedlicher Wertansätze bei den Forderungen an Kunden (rund 74 %) sowie den Rückstellungen (rund 20 %) und übrige Posten. Steuerliche Verlustvorträge bestanden zum 31. Dezember 2012 nicht.

Passiva		
	31.12.2012	31.12.2011
	TEUR	TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	34.463	21.459
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	–	–
– Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	998.510	978.498
Aufgliederung des Unterpostens nach Restlaufzeiten:		
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von		
bis drei Monate	229.057	19.122
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.182.910	137.105
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	725.126	2.023.428
mehr als fünf Jahre	343.665	265.406
Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände:	1.435.924	1.454.973
– Darin sind Wertpapiere mit Buchwerten von enthalten, die der Deutschen Bundesbank verpfändet wurden.	897.027	1.062.313
– Zum Bilanzstichtag betrogen die derart besicherten Verbindlichkeiten	–	–
Als unsere Girozentrale war die Landesbank Hessen-Thüringen tätig.		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	12.184	1.921
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	10.702	14.953
Aufgliederung des Unterpostens nach Restlaufzeiten:		
a) Spareinlagen		
b) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		
bis drei Monate	88.634	64.278
mehr als drei Monate bis ein Jahr	141.411	189.334
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	32.353	106.582
mehr als fünf Jahre	–	–
b) andere Verbindlichkeiten		
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
bis drei Monate	319.189	377.984
mehr als drei Monate bis ein Jahr	269.159	449.494
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	88.352	104.904
mehr als fünf Jahre	38.312	8.325

Passiva	31.12.2012	31.12.2011
	TEUR	TEUR
Verbriefte Verbindlichkeiten		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	–	–
Begebene Schuldverschreibungen, die im Folgejahr fällig werden	405.000	–
Finanzinstrumente des Handelsbestandes		
Von den in diesem Posten enthaltenen Finanzinstrumenten sind:		
– Derivate Finanzinstrumente in Fremdwährung	–	69
Treuhandverbindlichkeiten		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	283	318
Rechnungsabgrenzungsposten		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Unterschied zwischen Rückzahlungs- und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen	2.723	7.759
– sonstige Rechnungsabgrenzungen	1.913	923
Steuerrückstellungen		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Rückstellungen für laufende Veranlagungen	4.588	21.611
– Rückstellungen für Betriebsprüfungen	13.061	12.887
– Rückstellungen für latente Steuern	–	–
Nachrangige Verbindlichkeiten		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	–	–
– abgegrenzte Zinsen	1.057	3.014

C. Angaben und Erläuterungen zu den Posten unter dem Bilanzstrich

Die von der Nassauischen Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten dienen der Verstärkung des haftenden Eigenkapitals. Sie haben Ursprungslaufzeiten von mehr als zehn Jahren.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten können im Falle der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen.

Die Nassauische Sparkasse hat sich teilweise ein außerordentliches Kündigungsrecht der nachrangigen Verbindlichkeiten, kündbar mit zweijähriger Kündigungsfrist zum Ende eines Geschäftsjahres, vorbehalten.

Eine Umwandlungsmöglichkeit in Kapital oder andere Schuldfornen besteht nicht.

Folgende nachrangige Verbindlichkeiten übersteigen 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten:

Betrag Mio. EUR	Emissionsjahr	Zinssatz in %	Fällig im Jahr
10	2003	4,90	2013
5	2004	4,50	2014
5	2004	5,00	2014

Die nachrangigen Verbindlichkeiten von insgesamt 19,6 Mio. EUR, die im Einzelfall 10 % Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten nicht übersteigen, haben eine Durchschnittsverzinsung von 4,96 % und eine Ursprungslaufzeit von 10 Jahren.

Für nachrangige Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr insgesamt Zinsaufwendungen in Höhe von 2,8 Mio. EUR angefallen.

Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen

In diesem Posten ist die Haftungsverpflichtung gegenüber dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen aus dem Verkauf der Naspa Dublin in Höhe von 848,1 Mio. EUR enthalten. Weitere Erläuterungen hierzu haben wir in Abschnitt E. gemacht.

Unwiderrufliche Kreditzusagen

Bei den am Bilanzstichtag bestehenden unwiderruflichen Kreditzusagen handelt es sich um Buchkredite und Avalkredite. Keine der Zusagen ist für die Gesamttätigkeit der Nassauischen Sparkasse von wesentlicher Bedeutung.

D. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zinsaufwendungen

Im Zinsüberschuss als Saldo aus Zinserträgen und Zinsaufwendungen sind geleistete Ausgleichszahlungen von 30,9 Mio EUR (Vorjahr: 8,9 Mio EUR) für vorzeitige Auflösungen von Zinsswaps enthalten. Der Zinsüberschuss zukünftiger Jahre wird hierdurch entlastet.

Provisionserträge

Die wesentlichen an Dritte erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung sind die Vermittlung von Produkten der Verbundpartner (Investmentzertifikate, Bausparverträge etc.).

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten zu rund 30 % Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten zu rund 77 % Aufwendungen für die Aufzinsung von Rückstellungen, davon 30,3 Mio. EUR für Pensionsrückstellungen (darunter 6,8 Mio. EUR aus der Veränderung des Abzinsungssatzes).

Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen entfallen ausschließlich auf eine Zuführung zu den Pensionsrückstellungen gem. Artikel 67 Abs. 1 EGHGB.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		
	2012	2011
	TEUR	TEUR
In diesem Posten sind enthalten:		
– Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	-15.646	-29.398
– Ergebnis aperiodische Steuern außerhalb einer Betriebsprüfung	-5.773	1.775
– Latente Steuern	2.222	13.074
– Nachzahlungen für Vorjahre aufgrund einer Betriebsprüfung	-1.314	-3.853
– Erstattungen für Vorjahre aufgrund einer Betriebsprüfung	266	7.460

Das außerordentliche Ergebnis führte zu keinen nennenswerten Auswirkungen auf den Steueraufwand außerhalb der latenten Steuern.

Angaben gemäß § 285 Satz 1 Nr. 28 HGB zu den ausschüttungsgesperren Beträgen

Der Gesamtbetrag der ausschüttungsgesperren Beträge nach § 268 Abs. 8 HGB in Höhe von 30,2 Mio. EUR entfällt ausschließlich auf die Aktivierung latenter Steuern.

E. Sonstige Angaben

Anteilsbesitz

Anteilsbesitz der Nassauischen Sparkasse in Höhe von mindestens 20 % an anderen Unternehmen, soweit er nicht von untergeordneter Bedeutung gemäß § 286 Abs. 3 i. V. m. § 285 Nr. 11 HGB ist:

Gesellschaft	Sitz	Kapitalanteil	Eigenkapital	Bilanzsumme	Umsatzerlöse	Ergebnis Geschäftsjahr 2012
		in %	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Verbundene Unternehmen						
Naspa-Direkt GmbH ¹⁾	Wiesbaden	100,0	256	292	2.996	0
Naspa Grundbesitz I GmbH & Co. KG	Wiesbaden	100,0	18.650	21.586	1.068	1.315
Naspa Immobilien GmbH ¹⁾	Wiesbaden	100,0	25	656	2.374	339
Naspa-Versicherungs-Service GmbH ¹⁾⁴⁾	Wiesbaden	75,0	511	5.544	9.596	5.543
Nassovia Beteiligungs GmbH ¹⁾	Wiesbaden	100,0	5.113	9.652	5.390	-761
Nassovia Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG	Wiesbaden	100,0	4.563	4.565	53	33
Schloss Vollrads GmbH & Co. Besitz KG ²⁾³⁾	Oestrich-Winkel	100,0	3.361	6.790	808	-821
Weingutsverwaltung Schloss Vollrads KG ³⁾	Oestrich-Winkel	100,0	6.706	7.309	4.212	1.097

¹⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

²⁾ Ergebnisübernahme durch die Naspa

³⁾ Abweichendes Geschäftsjahr (30.06.2012)

⁴⁾ Die Umsatzerlöse resultieren ausschließlich aus Vermittlungsgeschäften.

Eine Einbeziehung der Tochterunternehmen in einen Konzernabschluss hätte einen unwesentlichen Einfluss auf die Bilanzsumme, das Eigenkapital und den Jahresüberschuss. Im Hinblick auf das durch den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 der Sparkasse vermittelte, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind die verbundenen Unternehmen insgesamt von untergeordneter Bedeutung, so dass gemäß § 296 HGB die Aufstellung eines **Konzernabschlusses** unterbleiben konnte.

Pfandbriefgeschäft

Im Jahr 2012 haben wir erstmalig Hypothekendarfbriefe ausgegeben. Die regelmäßigen Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG werden durch Veröffentlichung über unsere Homepage im Internet unter www.naspa.de erfüllt.

Der Umlauf der Hypothekendarfbriefe und die Deckungsmassen gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 4 PfandBG stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2012		31.12.2011	
	Nennwert	Buchwert	Nennwert	Buchwert
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Hypothekendarfbriefe	100.000	100.000	–	–
Deckungsmasse	118.197	118.197	–	–
darunter:				
– Deckungsmasse nach § 19 Abs. 1 Nr. 2 und Nr. 3 PfandBG	(10.000)	(10.000)	(–)	(–)
– Derivate gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 4 Satz 3 PfandBG	(–)	(–)	(–)	(–)
– Überdeckung	18.197	18.197	–	–

	31.12.2012 Stresstest			31.12.2011 Stresstest		
	Barwert	Risikobarwert ¹⁾		Barwert	Risikobarwert ¹⁾	
		(+250 Bp) ²⁾	(–250 Bp) ²⁾		(+250 Bp) ²⁾	(–250 Bp) ²⁾
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Hypothekendarfbriefe	106.355	85.279	122.866	–	–	–
Deckungsmasse	134.525	118.652	143.456	–	–	–
Überdeckung	28.170	33.373	20.525	–	–	–

¹⁾ Risikobarwert: Ermittlung gemäß statischem Verfahren der Pfandbrief-Barwertverordnung (PfandBarwertV)

²⁾ Bp = Basispunkte

Die von uns begebenen Pfandbriefe weisen folgende Laufzeitstruktur und die dazugehörigen Deckungsmassen folgende Zinsbindungsfristen auf (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG):

Laufzeit bzw. Zinsbindungsfrist	Hypothekendarfandbriefe			
	Pfandbriefumlauf		Deckungsmasse	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
bis ein Jahr	-	-	7.758	-
über ein bis zwei Jahre	-	-	4.619	-
über zwei bis drei Jahre	-	-	6.449	-
über drei bis vier Jahre	-	-	9.901	-
über vier bis fünf Jahre	-	-	13.525	-
über fünf bis zehn Jahre	90.000	-	75.945	-
über zehn Jahre	10.000	-	-	-

Die Deckungsmassen zu den Hypothekendarfandbriefen gliedern sich gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 2 lit. a) PfandBG in folgende Größenklassen:

	31.12.2012	31.12.2011
	Nennwert	Nennwert
	TEUR	TEUR
bis 0,3 Mio. EUR	52.943	-
0,3 Mio. EUR bis 5 Mio. EUR	55.254	-
über 5 Mio. EUR	-	-

Die Deckungsmassen zu unseren Hypothekendarfandbriefen gliedern sich gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1 lit. b) und c) PfandBG wie folgt:

	31.12.2012		31.12.2011	
	gewerblich genutzte Grundstücke	wohnmirtschaftlich genutzte Grundstücke	gewerblich genutzte Grundstücke	wohnmirtschaftlich genutzte Grundstücke
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Deutschland				
Wohnungen	-	10.877	-	-
Einfamilienhäuser	-	30.050	-	-
Mehrfamilienhäuser	-	45.007	-	-
Bürogebäude	6.179	-	-	-
Handelsgebäude	1.875	-	-	-
Industriegebäude	2.546	-	-	-
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	11.663	-	-	-
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	-	-	-	-
Bauplätze	-	-	-	-
Gesamtbetrag	22.263	85.934	-	-

Rückständige Leistungen auf die in die Deckungsmassen zu den Hypothekendarlehen einbezogenen Forderungen (§ 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG) bestehen zum Bilanzstichtag nicht (Vorjahr: --,-- TEUR). Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG waren nicht erforderlich.

Zusätzliche Angaben für Pfandbriefe nach § 2 Abs. 1 RechKredV

Die Gliederung einzelner Bilanzpositionen nach den für Pfandbriefbanken geltenden Regelungen zeigt zum 31.12.2012 folgende zusätzliche Informationen:

Aktivseite	31.12.2012	31.12.2011
	Mio. EUR	Mio. EUR
3. Forderungen an Kreditinstitute		
a) Hypothekendarlehen	-	-
b) Kommunalkredite	-	-
c) andere Forderungen	1.750,8	-
darunter:		
– täglich fällig	98,1	-
– gegen Beleihung von Wertpapieren	-	-
	1.750,8	-
4. Forderungen an Kunden		
a) Hypothekendarlehen	3.332,8	-
b) Kommunalkredite	999,0	-
c) andere Forderungen	3.834,4	-
darunter:		
– gegen Beleihung von Wertpapieren	37,9	-
	8.166,2	-
14. Rechnungsabgrenzungsposten		
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	0,5	-
b) andere	2,3	-
	2,8	-

Passivseite		
	31.12.2012	31.12.2011
	Mio. EUR	Mio. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	70,6	–
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	–	–
c) andere Verbindlichkeiten	2.638,2	–
darunter:		
– täglich fällig	182,3	–
– zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspfandbriefe	–	–
	2.708,8	–
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	30,2	–
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	–	–
c) Spareinlagen	2.081,4	–
d) andere Verbindlichkeiten	5.161,0	–
darunter:		
– täglich fällig	4.475,5	–
– zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspfandbriefe	–	–
	7.272,6	–
3. Verbriefte Verbindlichkeiten		
a) begebene Schuldverschreibungen		
aa) Hypothekenpfandbriefe	–	–
ab) öffentliche Pfandbriefe	–	–
ac) sonstige Schuldverschreibungen	475,0	–
	475,0	–
6. Rechnungsabgrenzungsposten		
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	4,3	–
b) andere	0,3	–
	4,6	–

Die im Hypothekendeckungsregister aufgeführten Realdarlehen (108,2 Mio. EUR) werden unter dem Bilanzposten Forderungen an Kunden und die Wertpapiere zur Deckung der Hypothekenpfandbriefe (10,0 Mio. EUR) unter dem Bilanzposten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ausgewiesen.

Derivative Finanzinstrumente

Die Nassauische Sparkasse schließt Geschäfte im Rahmen der Gesamtbanksteuerung sowie zur Absicherung von Zins-, Marktpreis- und Währungsrisiken aus dem allgemeinen Bankgeschäft und darüber hinaus als Handelsgeschäfte ab. Kontrahenten sind überwiegend Landesbanken. Zum Bilanzstichtag bestehen keine Derivate des Handelsbestands bzw. in Bewertungseinheiten.

Die zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsswaps wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos einbezogen. Die Bewertung dieser Geschäfte erfolgt ausschließlich im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Zinsbuchs; wir verweisen hierzu auf die Ausführungen in Abschnitt A. Den Marktwerten dieser Geschäfte stehen in den Bilanzposten gegenläufige Wertentwicklungen gegenüber.

Die zur Absicherung von Fremdwährungsrisiken abgeschlossenen Kassa- und Termingeschäfte sowie die im Kundengeschäft getätigten, grundsätzlich gegenläufigen Kassa-, Termin- und Optionsgeschäfte wurden gemäß § 256a HGB und § 340h HGB bewertet. Die Bewertung der Handelsgeschäfte mit Fremdwährungsrisiken erfolgte gemäß den handelsrechtlichen Vorgaben. Zins-/Währungsswaps werden in die besondere Deckung nach § 340h HGB einbezogen.

Die übrigen derivativen Finanzinstrumente werden nach den Grundsätzen des Imparitäts- und des Realisationsprinzips grundsätzlich einzeln bewertet.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts hat sich die Naspa auf Marktwerte und auf Marktwerte einzelner Bestandteile von Finanzinstrumenten bzw. auf Marktwerte gleichwertiger Instrumente gestützt.

Bei Zinsderivaten erfolgt die Bewertung grundsätzlich nach der Barwertmethode auf Basis der aktuellen Zinsstrukturkurven.

Sofern insbesondere bei Optionen keine Marktwerte vorhanden waren, wurde der beizulegende Wert mithilfe eines anerkannten Bewertungsmodells ermittelt. Dabei wurden die folgenden Bewertungsparameter verwendet: Zinssätze, die sich nach den aktuellen Zinsstrukturkurven ergeben, Volatilitäten, die auf Basis aktueller Marktdaten vergleichbarer Instrumente ermittelt wurden. Am Bilanzstichtag standen Optionsrechte von 0,2 Mio. EUR Optionsverbindlichkeiten von 0,2 Mio. EUR gegenüber.

Für die Bewertung der im Rahmen der Sparkassen Kreditbaskets abgeschlossenen Credit-Linked-Notes, die aus einer Schuldverschreibung und einem Credit-Default-Swap bestehen, wurden Bewertungsmodelle herangezogen. Bei den Modellen wurden die folgenden Bewertungsparameter verwendet: Zinssätze, die sich nach der aktuellen Zinsstrukturkurve richten, Ausfall- und Übergangswahrscheinlichkeiten, die sich aus der Migrationsmatrix des DSGV bzw. nach den aktuellen Ratingnoten der im Kreditpool enthaltenen Adressrisiken ergeben.

Die positiven beizulegenden Zeitwerte können als Indikator für die mit den Geschäften verbundenen potenziellen Adressenausfallrisiken dienen.

In Passivposten 7c) bestehen Drohverlustrückstellungen für Credit-Default-Swaps von 1,0 Mio. EUR.

Die Derivate auf Zinsrisiken beinhalten 3.977,0 Mio. EUR Geschäfte zur Steuerung des Zinsbuches.

Die Derivate auf Währungsrisiken beinhalten 99,6 Mio. EUR Absicherungsgeschäfte und 144,9 Mio. EUR gedeckte Kundengeschäfte. Die Derivate auf Kreditrisiken beinhalten 85,5 Mio. EUR Absicherungs- bzw. Steuerungsgeschäfte.

Die Grundsätze des Risikomanagements sowie die verwendeten Messverfahren und Limitsysteme sind vom Vorstand genehmigt worden. Die für das Risikomanagement Verantwortlichen berichten unmittelbar an den Vorstand.

Der Bestand derivativer Geschäfte am Bilanzstichtag setzt sich nach Nominalbeträgen, Zeitwerten und Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

Geschäftsart	Nominalwerte		beizulegende Zeitwerte zum 31.12.2012	
	31.12.2012	31.12.2011	positive	negative
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Zinsrisiken				
Zinsswaps	3.977.043	3.671.137	36.779	150.623
	3.977.043	3.671.137	36.779	150.623
Adressenrisiken				
Credit-Default-Swaps	85.521	68.943	1.445	435
	85.521	68.943	1.445	435
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	195.078	210.204	2.009	1.535
Devisenoptionsgeschäfte (Handelsbestand)	–	10.000	–	–
(gedeckte Kundengeschäfte)	19.048	–	69	77
Zins-/Währungsswaps	30.394	30.958	5.828	5.774
	244.520	251.162	7.906	7.386
Gesamt	4.307.084	3.991.242	46.130	158.444

Kundengruppengliederung	Nominalwerte	
	31.12.2012	31.12.2011
Banken in der OECD	4.128.264	3.836.885
Sonstige Kontrahenten	178.820	154.357
Gesamt	4.307.084	3.991.242

Nominalwerte/Restlaufzeiten	31.12.2012	31.12.2011
	TEUR	TEUR
Zinsrisiken		
– bis ein Jahr	1.410.234	1.098.681
– über ein Jahr bis fünf Jahre	2.118.136	2.298.370
– über fünf Jahre	448.673	274.086
Zinsrisiken insgesamt	3.977.043	3.671.137
Adressenrisiken		
– bis ein Jahr	–	–
– über ein Jahr bis fünf Jahre	85.521	68.943
– über fünf Jahre	–	–
Adressenrisiken insgesamt	85.521	68.943
Währungsrisiken		
– bis ein Jahr	199.980	216.754
– über ein Jahr bis fünf Jahre	44.540	3.450
– über fünf Jahre	–	30.958
Währungsrisiken insgesamt	244.520	251.162
Gesamt	4.307.084	3.991.242

Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten in Fremdwährung

Auf Fremdwährung lauten Vermögensgegenstände bei der Naspas in Höhe von 83,4 Mio. EUR und Verbindlichkeiten in Höhe von 49,7 Mio. EUR.

Bezüge der Organe (§ 285 Satz 1 Nr. 9a und Nr. 9b HGB)

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 1.746 TEUR. Der Vorsitzende des Vorstands, Herr Stephan Ziegler, erhielt im Geschäftsjahr Bezüge in Höhe von 555 TEUR. Herr Jürgen Bockholt erhielt im Geschäftsjahr Bezüge in Höhe von 156 TEUR. Herr Andreas Fabich erhielt im Geschäftsjahr Bezüge in Höhe von 259 TEUR. Herr Günter Högner erhielt im Geschäftsjahr Bezüge in Höhe von 393 TEUR. Herr Bertram Theilacker erhielt im Geschäftsjahr Bezüge in Höhe von 383 TEUR.

Die Vorstandsmitglieder haben, mit Ausnahme der Herren Bockholt und Fabich, gegenüber der Sparkasse Anspruch auf ein Ruhegehalt. Die Bemessungsgrundlage für das Ruhegehalt der Herren Ziegler, Högner und Theilacker ergibt sich aus den aufgrund § 20 Abs. 5 Satz 2 Hessisches Sparkassengesetz (HSpG) erlassenen Anstellungsrichtlinien des SGVHT. Die Höhe des Ruhegehaltsanspruches bestimmt sich auf dieser Grundlage nach einem in Abhängigkeit von der Zahl der zurückgelegten Dienstjahre jährlich steigenden Prozentsatz. Herrn Fabich wurde eine betriebliche Altersversorgung über eine kongruent rückgedeckte Gruppen-Unterstützungskasse zugesagt.

An ehemalige Mitglieder des Vorstandes sowie an ihre Hinterbliebenen wurden Ruhegehälter in Höhe von 1.413 TEUR gezahlt. Für diesen Personenkreis bestehen Pensionsverpflichtungen in Höhe von 16.163 TEUR.

Die Aufwendungen für die Mitglieder des Verwaltungsrates beliefen sich im Berichtsjahr 2012 auf 102 TEUR.

Kredite an Organmitglieder (§ 285 Satz 1 Nr. 9c HGB)

Zum Jahresende belaufen sich die Gesamtbeträge der gewährten Kredite und der eingegangenen Haftungsverhältnisse für die Mitglieder des Verwaltungsrates auf 761 TEUR und für die Mitglieder des Vorstandes auf 1 TEUR.

Honorar des Abschlussprüfers (§ 285 Satz 1 Nr. 17 HGB)

In den anderen Verwaltungsaufwendungen (GuV-Posten 10b) sind Honorare des Abschlussprüfers in Höhe von 440 TEUR enthalten. Hiervon entfielen 379 TEUR auf die Durchführung der Jahresabschlussprüfung und 61 TEUR auf andere Bestätigungsleistungen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2012	2011
Vollzeitkräfte	1.253	1.300
Teilzeit- und Ultimokräfte	536	522
	1.789	1.822
Auszubildende	119	132
Insgesamt	1.908	1.954

Nicht bilanzierte Verpflichtungen

Die Nassauische Sparkasse hat am 19. Dezember 2008 mit dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen (SGVHT) einen Unternehmenserwerbsvertrag zur Veräußerung der **Naspa Dublin** geschlossen. Der dingliche Vollzug des Vertrages erfolgte am 29. Mai 2009. Die Naspa Dublin ist eine Gesellschaft mit unbeschränkter Haftung (Private Unlimited with Share Capital) nach irischem Recht.

In einem separaten öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem SGVHT hat sich die Naspa verpflichtet, im Innenverhältnis zwischen dem SGVHT und der Naspa bestimmte wirtschaftliche Risiken im Zusammenhang mit den von der Naspa Dublin gehaltenen Wertpapieren zu übernehmen. Nach den Bestimmungen dieses Vertrages trägt der SGVHT über dessen regionalen Reservefonds mit wirtschaftlicher Wirkung ab dem 31. Dezember 2008 etwaige tatsächliche Ausfälle aus den von der Naspa Dublin gehaltenen Positionen bis zu einer Höhe von 100 Mio. EUR. Über ihre Beteiligung am Stammkapital des SGVHT ist die Naspa allerdings weiterhin indirekt wirtschaftlich von diesen Ausfällen betroffen. Im Hinblick auf diese Übernahme von tatsächlichen Ausfällen durch den Reservefonds bis zur Höhe von 100 Mio. EUR hat sich die Naspa in einem Besserungsschein zugunsten des Reservefonds zudem zum Ausgleich verpflichtet, sofern dies mit der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Naspa, insbesondere mit der hinreichenden Ausstattung mit Eigenkapital und mit der zur Erfüllung des öffentlichen Auftrages erforderlichen Ertragskraft vereinbar ist. Alle Ausfälle, die über die zuvor genannte Höhe von 100 Mio. EUR hinausgehen, sind dagegen im Innenverhältnis zwischen dem SGVHT und der Naspa von der Naspa zu tragen, d. h. soweit sich derartige Ausfälle realisieren und durch den SGVHT bzw. den Reservefonds als Eigentümer der Naspa Dublin getragen werden müssen, ist die Naspa verpflichtet, die Ausfälle durch entsprechende Zahlungen an den SGVHT bzw. den Reservefonds auszugleichen. Für den Fall, dass die für die Naspa Dublin zuständige Bankaufsichtsbehörde (Financial Regulator) eine Verstärkung des Eigenkapitals der Naspa Dublin verlangt, hat sich die Nassauische Sparkasse verpflichtet, dem SGVHT auf dessen Wunsch unter Wahrung gesetzlicher Anforderungen und Beschränkungen – insbesondere der Großkreditbestimmungen des Kreditwesengesetzes – Darlehen zur Refinanzierung bereitzustellen. Daneben ist die Nassauische Sparkasse verpflichtet, sich bei der Refinanzierung der Naspa Dublin unter Wahrung ihrer eigenen Belange bis zum Betrag von 1,2 Mrd. EUR zu engagieren. Derzeit ist diese Verpflichtung aufgrund aufsichtsrechtlicher Vorgaben ohne praktische Relevanz.

Die Nassauische Sparkasse hatte gegenüber und zugunsten der Naspa Dublin eine Patronatserklärung abgegeben, wonach sie sicherstellt, dass die Naspa Dublin ihre Verpflichtungen in Höhe der Beteiligungsquote der Nassauischen Sparkasse an der Naspa Dublin zum Zeitpunkt des Eingehens der jeweiligen Verbindlichkeit stets erfüllen kann. Da bei der Naspa Dublin keine Verbindlichkeiten mehr aus der Zeit der Gesellschafterstellung der Naspa bestehen, ist die Patronatserklärung der Naspa gegenstandslos geworden.

Die Nassauische Sparkasse ist dem bundesweiten **Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation** angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung. Das Sicherungssystem basiert auf dem Prinzip der Institutssicherung. Durch die Sicherung der Institute selbst sind im gleichen Zuge auch die Einlagen aller Kunden ohne betragsmäßige Begrenzung geschützt. Im Bedarfsfall entscheiden die Gremien der zuständigen Sicherungseinrichtungen darüber, ob und in welchem Umfang Stützungsleistungen zugunsten eines Instituts erbracht und an welche Auflagen diese ggf. geknüpft werden.

Zur Fortentwicklung des Sicherungssystems der deutschen Sparkassenorganisation erfolgten zum 1. Januar 2006 die Einführung eines Risikomonitoringsystems zur Früherkennung von Risiken sowie die Umstellung auf eine risikoorientierte Beitragsbemessung bei gleichzeitiger Ausweitung des Volumens der Sicherungsreserve der Sparkassenorganisation (Barmittel und Nachschusspflichten).

Als zusätzliche, neben den nationalen Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge entfaltet darüber hinaus der regionale **Reservefonds der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen** instituts- und gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von den Mitgliedsparkassen des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT) und der Landesbank Hessen-Thüringen sukzessive dotiert, bis 5 Promille der Bemessungsgrundlage erreicht sind. Bemessungsgrundlage ist die Gesamtrisikoposition, nach der sich das bankaufsichtsrechtlich erforderliche Eigenkapital errechnet. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der SGVHT die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Diffe-

renzbetrages, der auf erstes Anfordern bei den Instituten eingezogen werden kann.

Andere nicht aus der Bilanz ersichtliche Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen sind nur von untergeordneter Bedeutung für die Finanzlage der Nassauischen Sparkasse.

Verwaltungsrat der Nassauischen Sparkasse

Vorsitzender:

Dr. Helmut Müller
Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Wiesbaden

Uwe Becker
Stadtkämmerer der
Stadt Frankfurt am Main

Bärbel Henrich-Bender
Mitarbeiterin der Naspa
Personalratsvertreterin

Petermartin Oschmann
Verbandsjurist des
AGV HessenChemie

Stv. Vorsitzender:

Günter Kern
Landrat des
Rhein-Lahn-Kreises

Carsten Filges
Dipl.-Ingenieur
Mitarbeiter des Lahn-Dill-Kreises

Prof. Dr. Lorenz Jarass
Professor für Wirtschafts-
wissenschaften an der
Hochschule RheinMain

Heinz-Peter Schäfbuch
Mitarbeiter der Naspa
Leiter Finanz-Center

Berthold R. Gall
Landrat des
Main-Taunus-Kreises a. D.

Helmut Klöckner
Verbandsbürgermeister der
Verbandsgemeinde Nassau a. D.

Harald Schindler
Angestellter der
SV-Kommunal GmbH
Erfurt

Weitere Mitglieder:

Marion Adelman
Mitarbeiterin der Naspa
Personalratsvertreterin

Markus Geis
Mitarbeiter der Naspa
Sachbearbeiter Qualitätsmana-
gement Privatkunden

Ulrich Krebs
Landrat des Hochtaunuskreises

Dr. Frank Schmidt
Bürgermeister der
Gemeinde Löhnberg

Burkhard Albers
Landrat des
Rheingau-Taunus-Kreises

Sven Gerich
geschäftsführender Gesellschafter
der gerich: Druckerei und Verlag
seit 1822 OHG

Uwe Lichte
Mitarbeiter der Naspa
Personalratsvertreter

Harald Schweitzer
Konrektor a. D.

Silvia Andree
Mitarbeiterin der Naspa
Private Banking-Beraterin

Rita Gröschel
Mitarbeiterin der Naspa
Private Banking-Beraterin

Albrecht Martin
selbstständiger Energieberater

Achim Schwickert
Landrat des
Westerwaldkreises

Jürgen Banzer
Rechtsanwalt
Mitglied des Landtages Hessen

Patrick Hannappel
Mitarbeiter der Naspa
Leiter Finanz-Center

Manfred Michel
Landrat des
Kreises Limburg-Weilburg

Stefan Zimmermann
Mitarbeiter der Naspa
Leiter Finanz-Center

Vorstand der Nassauischen Sparkasse

Vorsitzender

Stephan Ziegler

Mitglieder

Andreas Fabich (ab 01.04.2012)

Günter Högner

Bertram Theilacker

Jürgen Bockholt (bis 30.04.2012)

Mandate des Vorstandes und anderer Mitarbeiter im Sinne von § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Stephan Ziegler	Mitglied des Verwaltungsrates der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main und Erfurt
Andreas Fabich	Mitglied des Aufsichtsrates der neue leben Pensionskasse AG, Hamburg (ab 01.05.2012)
Günter Högner	Mitglied des Board of Directors der Naspa Dublin, Dublin
Jürgen Bockholt	Mitglied des Aufsichtsrates der neue leben Pensionskasse AG, Hamburg (bis 30.04.2012)

Wiesbaden, den 5. März 2013

Nassauische Sparkasse

– Der Vorstand –



Ziegler



Fabich



Högner



Theilacker

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Nassauischen Sparkasse für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes der Nassauischen Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Nassauischen Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und

Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Nassauischen Sparkasse. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Nassauischen Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, den 12. März 2013
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen
– Prüfungsstelle –

Hülsen
Wirtschaftsprüfer

Winterstein
Wirtschaftsprüfer

Impressum

Herausgeber__Nassauische Sparkasse, Anstalt des öffentlichen Rechts
Rheinstraße 42 – 46, 65185 Wiesbaden, Fon: 06 11/3 64-0

Druck__BKS, Wiesbaden

Gestaltung__2+ Design, Wiesbaden

